

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: 1.10 Mk. monatlich, 1.10 Mk. vierteljährlich, 3.30 Mk. halbjährlich, 6.60 Mk. jährlich. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustriertem Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mk. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.00 Mk., für das übrige Ausland 4.00 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst 1894.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die festgesetzte Kolonnenzeile über deren Raum 10 Pf. für politische und gewerkschaftliche Beiträge und Bekanntmachungen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 10 Pf. (zweiwöchige 20 Pf. festgesetzte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schließelanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 26. März 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Der Gesetzentwurf gegen die Gefährdung der Jugend.

Der Entwurf eines kleinen Lex Heinze ist wieder einmal, in der Drucksache Nr. 1855, dem Reichstage zugegangen und hat leider noch nicht die Aufmerksamkeit erregt, die er verdient. Es ist dies wohl verständlich, denn der neue reaktionäre Versuch hält sich in die Toga des Jugendschutzes und tritt in der unverfänglichen Form zweier Zusatzparagraphen (§§ 43a und 149a) zur Gewerbeordnung auf. Eben aus diesen Ursachen heraus ist es um so nötiger, sich mit der neuen Vorlage orientierend zu befassen und ihr Zustandekommen vor Augen zu führen.

Schon seit über hundert Jahren befaßt sich die Öffentlichkeit mit dem Vorhandensein halb-romantischer, künstlerisch-minderwertiger Literaturerzeugnisse, die aber dem Geschmack und Bildungsstand der großen Massen zufügen und darum weitest Verbreitung finden. Die Namen Volpust, Spieß und Cramer einerseits im Genre der Ritter-, Räuber- und historischen Romane, und Clauten, Kogebue andererseits für die empfindsam-schlüpfrige Richtung im sog. Liebesabenteuerroman geben die Stichworte, um die Materie zu kennzeichnen. Unbetrieblige politische und gesellschaftliche Verhältnisse machten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein Eingehen der Lesephantasie auf das Kraftuncertum der ersten Gruppe, auf das resignierte Verlesen in die zweite Art durchaus erklärlich. So daß jedenfalls feststeht, daß die Massenproduktion beider Gruppen willkommenes Lesefutter für alle Altersgrade des Kleinbürgertums wurde.

Von der Mitte des vorigen Jahrhunderts an aber änderte sich das Bild. Zwar blieb der Liebesroman in seiner Form bestehen, aber neben der damals entstehenden guten Belletristik, die ihre Sujets in aller Welt suchte, entstanden, meistens von reaktionären Schriftstellern verfaßt, politische Abenteuerromane, die ebenfalls künstlerisch minderwertig, schlüpfrig und mit Unmöglichkeiten durchsetzt, sich dennoch des staatlichen Wohlwollens erfreuten. (John Raciff alias Wödsche-Schneider ist ihr typischer Vertreter.) Diese Romane und daneben die alten Ritter- und Räubererzählungen gelangten in Fortsetzungs-Heftform in neue Abzweigungen auf dem Wege der Kolportage, so daß auch Unbemittelten ihr Erwerb möglich wurde. Wie gegen die ältere Form erhob sich auch gegen die damals neue manche Stimme, aber alles blieb beim alten, bis sie zur Zeit des Sozialistengesetzes den Vorwand geben mußten zur Einschränkung der Gewerbeordnung und der Einführung einer Gewerbeordnung, die den Hausierhandel mit Schriften unter polizeiliche Kontrolle stellte. Natürlich war, wie ja auch gar nicht beabsichtigt wurde, durch diese Maßnahme der Vertrieb der fraglichen Literatur nicht eingeschränkt und ebenso wenig wurde die unästhetische Jugendschrift der Indianerschmölzer, Kumpapier, der Kalender- und Zeitungsfuilletonromane, die auf kaum höherem Niveau als jene standen, durch diese Beschränkung beeinflusst. So gingen denn die Dinge ihren Gang, der trotz gelegentlicher Anfeindung nicht zu hemmen war. Erst zu Anfang des neuen Jahrhunderts trat eine wesentliche Veränderung ein. Der Einfluß des Maschinenzeitalters mit seinem hastenden, jagenden Tempo verdrängte sich Geltung. Der Wirklichkeitsinn der Massen hatte sich inzwischen von den vergangenen Verhältnissen voraussetzenden Sujets der Ritter und Räuber abgewandt, dazu kam, daß die handwurmartige Fortsetzungsfolge dieser Romane eine Geduld und Ruhe voraussetzte, die unsere heutige Generation nicht mehr hat. So war denn allen Kreisen der wohllos Lesenden eine Form durchaus unmdgerecht, die in Oktav- und Quartformat erscheinend, für 10 und 20 Pf. erhältlich, abgeschlossene Erzählungen aus der Gegenwart zu bringen vorgab. Eine Neuromantik primitivster Form kam aus Ruß, die die Laten von Indianerzählern, von Detektiven und Geniemerwerbsehern vorführte. Auf der Höhe der Verbreitungsmöglichkeit dieses minderwertigen Literaturgenres setzte eine kräftige Opposition ein, die besonders dadurch Sympathien gewann, weil sich unter den Lesern jener Broschüren viele Jugendlichen befanden. Durch Boykott gegen die Verkäufer, durch Schaffung besseren Lesestoffes suchten die einen dem Unschicklichen der Lesewut zu steuern, andere riefen nach Gesetzesparagraphen. Die Folge war, daß so schnell, wie sie gekommen, die Indianerwörter, die Detektiven und Verbrechergentlemen verschwanden. Dennoch führte sich nun nicht die empfohlene Literatur ein, sondern ein neues Genre im Liebesroman, in der hurrapatristischen Kriegserzählung, unterstützt durch den Jahrhundertwandel, entstand und floriert noch heute, wohl gelitten von den „Staatsbehaltenden“ beherrschenden Organen und den regierungstreulichen Parteien.

In diese Situation hinkt nun der neue Gesetzentwurf der Regierung hinein, der sich bestrebt, das Klüßliche der Belämpfung jener längst abgetanen Nord- und Detektivgeschichten mit dem Angenehmen einer kleinen Lex Heinze zu verbinden, denn, betrachten wir später die Begründung des Entwurfs, die heute florierenden Purenhefte zu belämpfen, hat er gar nicht im Sinn und die alten Detektivgeschichten existieren nicht mehr. Mit der vergeblichen Belämpfung dieser nennt die Reichsregierung also nur offene Lären ein. Die

Hauptfrage bleibt also die Einbringung einer neuen Lex Heinze. Ein Vergleich der beiden Entwürfe mag dies beweisen:

Entwurf eines Gesetzes

gegen die Gefährdung der Jugend durch Verkaufsstellen von Schriften, Abbildungen und Darstellungen.

Artikel 1. Die Gewerbeordnung wird wie folgt ergänzt:

I. Nach § 43 ist folgender § 43a einzufügen:

§ 43a. Schriften, Abbildungen oder Darstellungen dürfen in Verkaufsstellen, in Auslagen innerhalb der Verkaufsräume oder an öffentlichen Orten nicht derart zur Schau gestellt werden, daß die Verkaufsstelle wegen sittlicher Gefährdung der Jugend zu geben.

II. Nach § 149 ist § 149a einzufügen:

§ 149a. Mit Haft oder Geldstrafe bis zu 300 R. wird bestraft, wer dem § 43a zuwiderhandelt.

Artikel 2.

Dieses Gesetz tritt am . . . in Kraft.

usw. usw.

Wie wir bei Vergleich feststellen können, handelt es sich bei dem neuen Entwurf nur um eine Neuformulierung und Verschärfung der abgetanen Lex. Nicht mehr die Absicht der Strengung von Vergernis ist strafbar, sondern die Schaustellung, die bei irgend jemand Vergernis erregt überhaupt. Das originellste aber an der Vorlage ist, daß nicht der Inhalt eines Buches, einer Schrift usw. maßgebend für die Strafbarkeit sein soll, sondern die Außenseite, der Titel, die Aufmachung der Illustration. Dazu sagt noch die Begründung, daß grundsätzlich auf Haftstrafe zu erkennen ist und daß nur in „besonders leichten Fällen“ dem Richter die Möglichkeit zu geben ist, auf Geldstrafe zu erkennen.

Wir wissen seit langen, und die letzten Wochen im Reichstage bestätigen es vollauf, daß zwischen der Sittlichkeit nach Auffassung der herrschenden Klassen und jener vom Standpunkt des Proletariats eine breite, unüberbrückbare Kluft gähnt. Wohl ist es auch uns, den Angehörigen der internationalen Sozialdemokratie darum zu tun, stumpelloses Bewusstsein, wie sie die Wirkung der Konzentration des Kapitals zeitigt und zeitigen muß, auf das schärfste entgegenzuwirken und die Jugend vor entsetzlichen Einflüssen zu bewahren, aber dies wird auf dem Wege einer Gesetzgebung, wie sie die Wahrheit im Reichstage möglich macht würde, kaum geschehen können. Am wenigsten wird dieser Jugendschutz durch die „kleine Lex Heinze“ eintreten können, die nur ein neues Instrument in den Händen einer nicht allein auf diesem Gebiete unfähigen Aufsichtsbehörde sein würde, ihr mißliebige Richtungen auf allen Gebieten des Schriftentums usw. zu unterdrücken während andere nach der Auffassung aller Parteiangehörigen unstillen Schriften und Darstellungen nicht nur geduldet, sondern sogar protegert würden.

Will man wirklichen Jugendschutz fördern, so fördere man die ökonomische Besserstellung der arbeitenden Klassen, schaffe die unerhörten Zustände im Wohnungswesen ab, steuere der Ueberfüllung unserer Schulklassen und bekämpfe nicht die „Freien Jugendorganisationen“, die in gegenseitiger Erziehung mehr leisten als aller Schutz durch Paragraphen und Mittelheue. id.

Der Kampf um Homerule. Ablehnung der Demission des Kriegsministers.

Die Unterwerfung der Regierung unter den Willen der aufrührerischen Offiziere stößt im liberalen Lager, aber erst recht bei der Arbeiterpartei auf wachsenden Widerspruch. Dies hat dazu geführt, daß der Kriegsminister Oberst Seely seine Demission angeboten hat. Er erklärte im Unterhause, daß zwischen ihm und dem Kabinett ein *Mißverständnis* bestehe, für das er allein verantwortlich sei. Seely erklärte entschieden, daß der König in der Angelegenheit der Offiziere keinerlei Initiative ergriffen habe. (Beifall.) Ministerpräsident Asquith gab jedoch später bekannt, daß das Rücktrittsgesuch abgelehnt sei.

Im Unterhause wurde bereits Dienstag scharfe Kritik an dem Verhalten der Regierung geübt. Ward, der Sprecher der Arbeiterpartei griff unter lautem Beifall der Ministeriellen die Opposition an und erklärte, wenn man den Satz predigen würde, daß die Offiziere das Recht hätten, zu entscheiden, ob sie gehorchen wollen, so würden andere davon lernen. Er verlas dann ein Manifest der Syndikalisten, das die Soldaten be-

schwört, nicht auf Leute ihrer eigenen Klasse bei Arbeiterstreitigkeiten zu schießen, und sagte: Die Opposition hat sich den Syndikalisten angeschlossen. Die Frage, die wir jetzt zu entscheiden haben, ist, ob das Volk Landesgesetze machen soll gänzlich ohne Einmischung des Königs oder der Armee. (Lauter Beifall bei den Ministeriellen.)

Bed (liberal) erklärte, die Repräsentativregierung sei in Gefahr. Er tadelte nicht die Offiziere, aber er tadelte jene Männer, die in den letzten drei Jahren durch ihr Künstspiel die Offiziere dazu bringen wollten, ihnen die Kasernen aus dem Feuer zu holen. (Lärm bei den Oppositionellen.) Er tadelte auch den Kriegsmminister Seely und rief aus: Was tun wir im Unterhause, wenn wir nicht allein die Bill dreimal ans Oberhaus zu senden haben, sondern sie zur endgültigen Durchsicht noch den Generalen und Offizieren zu unterbreiten haben? (Beifall bei den Ministeriellen.) Viele Liberale seien in einer mißlichen Lage, denn sie hätten dem Volke erzählt, daß es recht sei, die Truppen als letztes Mittel bei Unruhen zu verwenden, und jetzt habe die Regierung entschieden, daß die Offiziere auf ihren Dienst verzichten, nach dem Badingbampalast laufen (Beifall und Widerspruch) und dann unter Eventualbedingungen auf ihren Posten zurückkehren können.

Wie unsicher die Lage der Regierung geworden ist, beweisen die Gerüchte, die von der bevorstehenden Demission des Generalstabchefs wissen wollen. Bemerkenswert ist auch eine scharfe Auslassung der gemäßigten Liberalen „The Westminster Gazette“, die schreibt, eine Armee, die der Regierung ihre Bedingungen diktiert, bedrohe die Freiheit und die öffentliche Ordnung. Das Blatt fordert, daß die Regierung ohne Zögern eine deutliche und energische Sprache führe.

Der Triumph der unbotmäßigen Offiziere.

London, 25. März. Die „Times“ melden aus Dublin: Die Verhandlung mit den Offizieren im Kriegsministerium verlief sehr kurzweilig. Feldmarschall French erklärte ihnen, daß ihre Handlungsweise die schärfste Strafe verdiene. Erst das Dazwischentreten des Feldmarschalls Lord Roberts wirkte befriedigend. Zum Schluß unterschrieb Feldmarschall French ein von den Offizieren aufgesetztes Schriftstück, in dem er bestätigte, daß die Offiziere keinen Befehl erhalten würden, gegen Ulster zu kämpfen oder Homerule mit Gewalt durchzusetzen, und daß sie dies den anderen Offizieren mitteilen dürften.

General Gough und Oberst Mac Swain wurden bei ihrer Rückkehr nach Curragh begeistert empfangen. Truppen begleiteten sie in ihre Quartiere und brachten drei Kurros auf sie aus. General Gough dankte für den Willkommenruf und gab den Truppen die Versicherung, daß sie nicht nach Ulster geschickt werden würden. Darauf brachen die Truppen von neuem in Hobeufe aus.

Die offiziellen Dokumente.

London, 25. März. Aus den über die letzten Ereignisse beim irischen Kommando veröffentlichten Dokumenten geht folgendes hervor: Bevor General Gough nach Irland zurückkehrte, richtete er im Namen der Offiziere am 23. März an den Generaladjutanten die schriftliche Anfrage, ob sie, im Falle Homerule Gesetz würde, dazu aufgerufen werden könnten, dies Ulster anzugewinnen. In der Antwort, die Gough noch am selben Tage zuzug, wurde er dazu ermächtigt, den Offizieren mitzuteilen, der Anvertraut sei davon überzeugt, daß der mit den Entlassungsgesuchen zusammenhängende Zwischenfall auf ein *Mißverständnis* zurückzuführen sei. Die Regierung müsse das Recht der Verwendung aller Streitkräfte in Irland sowie anderswo behalten, um Gesetz und Ordnung aufrechtzuerhalten und die Zivilbehörden bei der regelmäßigen Ausübung ihrer Pflicht zu unterstützen. Die Regierung beabsichtige nicht, dieses Recht dazu zu benutzen, die politische Opposition gegen die Grundzüge der Homerulebill zu zerstückeln. General Gough teilte am 20. März mitternachts dem Kriegsbomb mit, daß ein Brigadegeneral und 57 Offiziere der Kavalleriebrigade es vorzögen, ihren Abschied zu nehmen, wenn sie nach Norden kommandiert würden. Kriegsminister Seely gab daraufhin General Bagot unverzüglich die Ermächtigung, alle älteren Offiziere, die ihre Entlassungsgesuche eingereicht hätten oder auf andere Weise seine Autorität in Zweifel zögen, vom Dienst zu suspendieren. Ferner befahl Seely dem General Gough und den übrigen Offizieren, sich sofort im Kriegsamt zu melden. Auch gab er die Anweisung, sie ihrer Kommandos zu entheben, und es wurden Offiziere zu ihrem Ersatz abgefanbt.

Die Dokumente enthalten ferner ein Memorandum Seelys über eine Unterredung, die er am 18. März mit einigen höheren Offizieren hatte. Ueber die Pflicht der Soldaten erklärte Seely darin, das Gesetz sage deutlich, daß der Soldat dem Befehl zu gehorchen habe, wenn es den Umständen nach vernünftig sei. Wenn daher Offiziere und Mannschaften zum Beispiel zu einem Ausbad gegen eine Demonstration von Orangisten, die nicht gefährlich für die Rabobarn sei, aufgerufen werden sollten, so würde es in der Tat und nach dem Gesetz gerechtfertigt sein, wenn sie davor dächten, den Gehorsam zu verweigern, so schlecht das auch auf die Disziplin wirken könnte. Niemand habe man daran gedacht, den Truppen übertriebene und ungeschickliche Befehle zu geben. Man habe nur die Möglichkeit im Auge gefaßt, daß die

Truppen zur Unterstützung der Zivilbehörden und zum Schutze von Leben und Eigentum aufgegeben werden könnten, wenn die Polizei übermächtig worden sei. Gegenüber den Versuchen, die Truppen zu überreden, geschwätzigen Anordnungen nicht zu gehorchen, erklärte Seely den Generalen, er mache jeden von ihnen verantwortlich dafür, daß gegen jede derartige revolutionäre Haltung den Bestimmungen des Königs gemäß vorgegangen würde.

Zusammenstoß in Belfast.

London, 25. März. Gestern Abend kam es in Belfast zu einem Zusammenstoß zwischen Unionisten und Nationalisten. Die Menge warf mit Steinen und Revolver wurden abgefeuert. Die Polizei schritt ein und trieb die Menge auseinander.

Sturmzeiten im Unterhaus.

London, 25. März. Die große Unruhe im Hause erreichte ihren Höhepunkt in einer heftigen Szene, die bei Beantwortung von Anfragen Lord Beresfords durch Churchill entstand. Churchill führte aus, daß vor vierzehn Tagen von dem Kabinett beschlossen worden sei, Seefreikräfte im Umfange eines Schlachtschiffgeschwaders nach der Donaldbay an der schottländischen Küste zu entsenden, die eine geeignete Station für Landungen sei, und wo die Schiffe für den Fall von etwaigen ernstlichen Unruhen in nächster Nähe der irländischen Küste gewesen wären. Als es ersichtlich gewesen sei, daß solche Maßnahmen keinen Widerstand finden würden, habe man sich dahin entschrieben, daß die Schiffsbewegungen bis nach Ostern aufgeschoben werden könnten.

Bei dieser Erklärung brach ein ungeheurer Sturm auf den Bänken der Unionisten los. Amers richtete an Churchill die Frage, ob er erwartet habe, daß die Vorsichtsmaßnahmen zu einem Kampfe führen würden. Churchill erwiderte: Ich weise diese abscheuliche Unterstellung zurück. (Großer Lärm.) Der Sprecher forderte Churchill auf, den Ausbruch zurückzunehmen. Nach erneuter Unruhe war der Zwischenfall beigelegt.

Seely gab dann eine erschöpfende Darstellung. Er habe nichts zu verheimlichen; er habe es nach den Informationen, die er von der Regierung erhalten habe, für notwendig gehalten, Schritte zum Schutze der Regierungsdepots zu unternehmen. Die nötigen Befehle seien mit voller Ermächtigung des Kabinetts erteilt worden. Baget habe mit ihm übereingestimmt, daß trotz des rein vorbeugenden Charakters der Truppenbewegungen die Erregung einen solchen Grad erreichen könnte, daß ein allgemeiner Aufstand in ganz Irland die Folge wäre. Deshalb seien die nötigen Schritte unternommen worden, um jene Truppenbewegungen zu unterstützen, falls sie auf bewaffneten Widerstand stoßen sollten.

Wieder ein rätselhafter Soldaten Selbstmord.

Schon wieder ist unser Bochumer Parteiblat in der Lage, über einen angeblichen Soldaten Selbstmord zu berichten, in dem so gut wie alles unerklärt und erklärlich erscheint.

Am Freitag wurde in Buer-Kesse die Leiche des Kanoniers Felix Wroblewski vom Hohenzollernschen Fußartillerieregiment Nr. 13 in Ulm beerdigt. Der Kanonier war seit letztem Herbst beim Regiment und war Wetzmann in der Heimat auf Urlaub.

Angehörige des jungen Mannes waren am Garnisonorte, haben aber nichts Genaueres über die Todesursache erfahren können. Die vorliegenden Schriftsätze, die wir hier zunächst folgen lassen, geben nicht die geringste Klarheit.

Hohenzollernsches
Fußartillerie-Regiment Nr. 13,
3. Batterie.

Ulm, den 18. Februar 1914.

Herrn Johann Wroblewski!

Mit der Mitteilung, daß Ihr Sohn seit Sonntag von der Batterie vermißt wird.

Ihr Sohn ging am Sonntag früh fort und kehrte seitdem nicht mehr zurück. Die angestellten Nachforschungen blieben ohne Erfolg.

Sobald irgendwelche Nachrichten über den Verbleib Ihres Sohnes eintreffen, bekommen Sie sofort Bescheid.

Feldw. 3. Fußartillerie-Regiment 13.
Ulm a. D.

Hohenzollernsches
Fußartillerie-Regiment Nr. 13,
3. Batterie.

Ulm, den 23. Februar 1914.

Herrn Johann Wroblewski!

Auf Ihr Schreiben vom 22. Februar 1914 teile ich Ihnen mit, daß Ihr Sohn am Sonntag, den 15. Februar, gegen 7 Uhr vorm., die Kaserne verlassen hat. Etwa um 8 Uhr vorm. wurde er in der Umgebung auf der Chaussee von einem Landjäger (Gendarm) angehalten und gefragt, wo er hin wolle. Ihr Sohn gab dem Landjäger zur Antwort, daß er für einen Unteroffizier der Batterie etwas holen müsse. Der Landjäger ließ ihn darauf gehen, benachrichtigte aber sofort telefonisch die Batterie, weil es ihm auffiel, daß ein Mann am Sonntag in Drillschjake sich so weit von der Kaserne entfernte. Es wurde sogleich festgestellt, daß von der Batterie seiner Ihrem Sohn einen Auftrag gegeben hat. Der Landjäger verfolgte ihn, konnte aber nirgends seinen Aufenthalt ermitteln. Auch zwei von der Batterie sofort mit Hahnrädern nachgesandte Unteroffiziere lehrten unverrichteter Sache zurück. Die Polizei, welcher die Sache noch am Sonntag übergeben wurde, stellte überall Ermittlungen an, welche aber bis jetzt ergebnislos verlaufen sind.

Wohl ist hier ein Gerücht in Umlauf gegangen, daß ein Soldat, auf den die Beschreibung Ihres Sohnes paßt, etwa 40 Kilometer von hier (bei Ehingen) in der Donau verunglückt sein soll, doch bis jetzt hat man noch nichts finden können. Festgestellt ist es jedoch nicht. Sobald über Ihren Sohn Näheres bekannt wird, erhalten Sie telegraphische Nachricht. Mit achtungsvollem Gruß
Feldw. 3/13.

Ulm, den 27. 2. 14.

Sehr geehrter Herr Wroblewski!

In Besitze Ihres Briefes bin ich gern bereit, Ihnen Mitteilungen zu machen, soweit es in meinen Kräften steht. Eine ganz genaue Untersuchung des Falles wird noch durch das Kriegsgericht vorgenommen werden. Ihr Sohn war ein guter Soldat. Ihm fiel der Dienst leicht. Aus diesem Grund war er auch während der letzten 8 Tage zur Regimentskammer kommandiert, wozu nur die besseren Leute kommandiert werden. Wie seine Stubenameraden auszusagen, hat er sich auch mit diesen stets gut vertragen. Er soll auch seinen Kameraden gegenüber niemals geküßert haben, daß es ihm beim Militär nicht gefalle. Um so weniger kann ich mir sein plötzliches Davonlaufen erklären. Ich glaube, daß es vielleicht innere Gemütsbewegungen waren, die ihn hierzu veranlaßten. Ein unliebsamer Vorfall ist allerdings am Tage vor seinem Verschwinden passiert. Ich hatte bekanntgegeben, daß ich mir am Sonntag, mittags, die Stuben und Spinde auf Sauberkeit und Ordnung hin ansehen würde. Daraufhin liegen die Stubenältesten und

Korporalschaftsführer am Sonnabend alles gründlich in Ordnung bringen. Hierbei soll Ihr Sohn dem Befehle des Stubenältesten, sein Spind ordentlich zu verpacken, nicht nachgekommen sein. Vielleicht hat er daraufhin am Sonntag früh aus Trost (?) die Kaserne verlassen.

Die sonstigen Tatsachen hat Ihnen ja mein Feldwebel in meinem Auftrage mitgeteilt. In einem kleinen Orte, etwa 35 Kilometer von hier, soll ein Soldat in die Donau gesprungen sein, als die Einwohner hinter ihm herliefen. Vielleicht geschah dies, weil er Furcht hatte, ergriffen zu werden. Ob dies Ihr Sohn war, ist noch nicht genau festgestellt worden. Nach meiner Ansicht ist auch die Donau hier viel zu flach, als daß jemand darin ertrinken kann. Eine Leiche ist noch nirgends angeschwemmt worden. Indem ich das Beste für Ihren Sohn hoffe, zeichnet
Oberl. u. Batterieführer.

Das sind briefliche Mitteilungen, deren letzte vom 27. Februar datiert ist. Am 14. März, also gut zwei Wochen danach, erhielt der Vater ein Telegramm vom Regiment, daß der Sohn in der Donau gefunden ist. Ueber die Art der Auffindung der Leiche, über den Ort und die Zeit der Auffindung und überhaupt über alle näheren Umstände fehlen alle Angaben. Selbst über den Zusammenhang der Leichenauffindung mit der Geschichte von dem Landjäger und der Verfolgung des Mannes in der Drillschjake sind keine Angaben vorhanden.

Zur Beurteilung des Falles ist man einzig auf die Angaben in dem Briefe des Batterieführers vom 27. Februar angewiesen, wonach der Soldat mit dem Stubenältesten Streit gehabt hätte wegen seines Spindes.

Dagegen ist bemerkenswert, was ein Arzt, den die Eltern in Anspruch genommen haben, über den Zustand der Leiche festgestellt hat.

Darüber gibt das folgende Attest Auskunft:

Ärztliche Befundbescheinigung.

Die von mir am 19. März in Kesse, Arminiusstraße 15, besichtigte Leiche des verstorbenen Felix Wroblewski war stark in Fäulnis übergegangen.

Auffallend war, daß die rechte Kopfseite im Gegenjahre zur linken aufgeschwollen und blutig unterlaufen war. Eine äußere Verletzung der Haut ließ sich jedoch nicht feststellen, ebenso kein Bruch des Schädels. Das im Sarge befindliche Blut war aus Mund und Nase ausgelaufen, eine Erscheinung, die bei länger Lagernden Leichen einzutreten pflegt. Ueber die mutmaßlichen Todesursachen ein Urteil zu fällen, bin ich nicht in der Lage, ohne daß eine Oeffnung der Leiche vorgenommen wird.

Gelsenkirchen. Dr. Hans la Roche.

Die Oeffnung der Leiche lehnte der Arzt ab, weil es sich um eine militärische Angelegenheit handelte.

An dem Zeugnis fällt zunächst die Angabe über den Zustand des Schädels auf. Woher rührt die Schwellung und Unterblutung der Schädelhaut? Doch nicht etwa von dem Sprunge ins Wasser? Die Staatsanwaltschaft in Essen, die von dem Vater darum angegangen wurde, lehnte das Einschreiten wegen mangelnder Zuständigkeit ab.

In seinen Briefen hat sich der junge Wroblewski niemals gegen den Dienst ausgesprochen, und der Gedanke, daß er jemals Selbstmord begehen könnte, liegt den Briefen des jungen Mannes völlig fern.

Ist es nicht geradezu grauenhaft, daß unser Bochumer Parteiblat allein innerhalb weniger Wochen vier Fälle von Soldaten Selbstmorden an die Oeffentlichkeit bringen konnte?

Dazu kommen noch überdies zwei Selbstmorde und eine Desertion, die sich nicht feststellen ließen, die aber in den Briefen des einen angeblichen Selbstmörders erwähnt wurden.

Zusammen also 6 Todesfälle,

teils feststehende, teils angebliche Selbstmorde und eine Desertion, bekannt geworden allein aus dem Zeitraum von wenigen Wochen.

Haben wir da nicht das Recht zu fragen: Was mag sich alles hinter den Kasernenmauern abspielen, was der Oeffentlichkeit nie bekannt wird? Muß ein solches System, das jährlich Hunderte von jungen Menschen der Verzweiflung und Selbstverachtung preisgibt, nicht mit allen Mitteln bekämpft werden?

Daß gegen dieses System, das die blühende Jugend des Volkes entweder zum Selbstmorde treibt oder ihr sonst das Leben raubt, ist ein zu natürliches Gefühl eines Kulturmenschen, als daß wir es leugnen möchten.

Politische Uebersicht.

Ja, Sozi, das ist ganz was anders!

Mit großem Interesse gibt die reaktionäre Presse die Nachrichten aus London über die Offizierrevolte wieder. Aber merkwürdig; sie fügt kein Wort der Kritik, geschweige des Entsetzens und des Absehens hinzu, das ihr immer zur Verfügung steht, wenn in Deutschland von irgendeinem Sozialdemokraten die Forderung erhoben wird, das Heer nicht gegen den inneren Feind, die Soldaten nicht gegen ihre eigenen Brüder zu führen. Im Gegenteil, die Reaktionäre haben es immer für selbstverständlich gehalten und erklärt, daß der deutsche Soldat selbst auf Vater und Mutter schießen müsse, wenns befohlen wird. Woher nun im Falle jenes englischen Regiments dieses auffällige Schweigen, das deutlich einer Zustimmung gleichzukommen scheint? Es erklärt sich dem Wissenden sehr einfach: Die Usterleute sind Konservative, gegen die zu marschieren man keinem Soldaten zumuten darf, auch wenn dieselben, wie es in Uster geschieht, vor aller Augen zum Aufstand gegen die Staatsmacht rüsten. Daher auch kein Wort des Tadelns gegen die vielen englischen Offiziere, die ebenfalls, wie jene Soldaten, sich geweigert haben zu marschieren, und lieber um ihre Pensionierung einkommen, als dem Befehl ihrer Vorgesetzten in diesem Falle zu gehorchen. Was nach den Konservativen in Deutschland gegenüber der Sozialdemokratie für das Herr selbstverständliche Pflicht sein muß, gilt ihnen in England gegenüber aufrührerischen Konservativen offenbar als Verbrechen. Wäre es anders, dann hätte die „Deutsche Tageszeitung“ zum Beispiel, deren Chefredakteur Dr. Dertel sich so gern gelegentlich als präceptor Germaniae bezeichnen läßt, und die sich sonst keine Gelegenheit entgehen läßt, Penjuren auszuteilen, sicher auch in diesem Falle mit ihrem Tadel und ihrer Entrüstung nicht zurückgehalten.

Schritte für Liebedienerei.

In Rußland wird bereits seit dem 8. Februar ein deutscher Freikampfführer festgehalten, der durch den Wind über die russische Grenze verschlagen worden ist. Wegen den harmlosen Sportintam ist das Verfahren wegen Spionage eingeleitet worden. Jeder Verkehr mit der Außenwelt ist ihm abgeschnitten. Er wird ständig von zwei Kriminalbeamten überwacht und fühlt sich durch die vielen

Aufregungen, wie er schreibt, am Ende seiner Kraft. Er erwartet, daß Deutschland nun endlich entschärfte Schritte unternimmt, um ihn aus seiner peinlichen Lage zu befreien. Rehnlich wie ihm geht es übrigens auch noch einem Flugzeugführer, der ebenfalls durch Mißgeschick im Rebel über die russische Grenze verschlagen worden ist. Auch er wird seit Monaten festgehalten und durch ein hochnotpeinliches Spionageverfahren bedrückt.

Wenn sich Frankreich solche Unverschämtheiten deutschen Ballon- und Flugzeugführern gegenüber herausgenommen hätte, möchten wir einmal den Spektakel erleben, der von der ganzen reaktionären Presse angeestellt worden wäre. Aber Rußland kann sich alles herausnehmen. Allerdings wird es in der gegenwärtigen Situation einer abgeschmackten Küstungshetze gegen Rußland gerade der Sozialdemokratie schwer, die russische Unverschämtheit gebührend zu kennzeichnen. Denn so natürlich die Dreistigkeit gewisser russischer Bureaucraten- und Polizeikräfte sind, so abgeschmackt ist die Darlegung, als ob Rußland einen Angriff gegen Deutschland plane, oder als ob gar die Masse der russischen Bevölkerung eine solche Tollhändlererei zu dulden geneigt wäre. Nicht um eine ernste Bedrohung Deutschlands handelt es sich bei den Unverschämtheiten gewisser russischer Regierungskreise, sondern um die von der deutschen Regierung leider nur allzu lange gelassene und üppig genährte Auffassung, als ob das offizielle Deutschland jederzeit nach der Pfeife Väterchens und seiner Schergen tanzen müsse, und als ob deutsche Bürger das wehrlose Freiwild der acht russischen Männer bildeten.

Die deutsche Regierung ernennt jetzt nur das, was sie sich selbst durch ihre würdelose Bedienstetheit gegenüber den Annahmungen und Wünschen der russischen Reaktionäre eingebrockt hat. Hätte man die Liebedienerei gegen den Zaren und seine Kojalen nicht durch all die Jahrzehnte hindurch soweit getrieben, so würde man jetzt nicht in Gestalt von Fußritten den Dank dieser acht russischen Männer ernten.

Drei Monate Gefängnis für einen schlechten Scherz.

Wie aus K v l m a r gemeldet wird, ist dort der Zeichner W a l z vom Kreisgericht Kolmar wegen Beleidigung von Offizieren der Garnison zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Verbrechen des W a l z bestand darin, daß er in einem Kolmarer Lokal einen Platz, auf dem er sich niederließ und auf dem vorher ein Leutnant der Kolmarer Garnison gesessen hatte, mit einem Stücken in Spiritus getauchten Finger „desinfiziert“ hatte. Das Gericht nahm selbst an, daß es sich um einen „schlechten Scherz“ gehandelt habe, und daß dem Angeklagten zugute gehalten werden müsse, daß sich der Vorfall zu einer Zeit ereignete, wo unter der Bevölkerung wegen der Haberner Ereignisse noch allgemeine Erregung herrschte. Nichtsdestoweniger verhängte das Gericht die ungeheuerliche Strafe von drei Monaten Gefängnis!

Die Reuter und Fortner, die in verfassungswidriger Weise die Oeffentlichkeit terrorisierten, gesetzwidrige Verhaftungen vornahmen, Maschinengewehre gegen das Volk in Bereitschaft stellen ließen und mit dem Säbel dreinschlugen, wurden vom Kriegsgericht bekanntlich freigesprochen. Aber ein harmloser Zivilist, ein zu Scherzen geneigter Künstler, wird zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er einen Spaß gemacht hat, der im schlimmsten Fall, wenn er überhaupt unter einen Gesetzesparagrafen als Beleidigung zu rubrizieren wäre, mit ein paar Mark Geldstrafe mehr als hinreichend geahndet gewesen wäre!

Die Moral von der Geschichte aber ist: Der Militarismus darf sich alles erlauben, ein Zivilist aber wird schon ins Gefängnis geworfen, wenn er durch einen harmlosen Scherz unseren unantastbaren Militarismus am Viertisch zu verulken wagt!

Pflanzler-Jargon.

Die vom Dürenstein-Konzern verlegten, von dem bekannten Dr. Freig Stephan Neumann redigierten „Berliner Neuesten Nachrichten“ leisten sich folgende Unverschämtheit:

„Wie wir erfahren, wird der Unterstaatssekretär Dr. Conze aus dem Reichskolonialamt Anfang April nach Duala aufbrechen, um die Dualaneger-Affäre zu untersuchen. Oeffentlich führt der Herr Unterstaatssekretär im wohlverstandenen Interesse der Kameruner Eingeborenen die Bestrafung des nach Europa ausgereisten Vertreters der Duala wegen unerlaubter Auswanderung herbei. Berichtet das Gouvernement auf eine Bestrafung, dann wird es auch nicht mehr einsehen können, wenn von Anwerbern Kameruner Eingeborenen nach Fernando Po und Thomo verschleppt werden. Es ist sicher weit wichtiger, dafür zu sorgen, daß nicht zum Schutze der Eingeborenen erlassene Verordnungen unter dem Vorwand der Unvollständigkeit der Budgetkommission des Reichstags durchbrochen werden, als daß einer urteillosen Mehrheit der Kommission zu Gefallen die vom Reichstage schon vor 2 1/2 Jahren beschlossene Enteignung zum Teil wieder aufgehoben wird.“

Das läßt tief blicken!

Der Landrat des Landkreises Göttingen gibt bekannt, die Nachprüfung der Steuererklärungen und Vermögenserklärungen für die Einkünfte zur Besteuerung habe ergeben, daß trotz der verschärften Strafbestimmungen (hohe Geldstrafe und Gefängnis bis zu sechs Monaten) noch viele Steuerpflichtige unrichtige oder unvollständige Angaben über ihr Kapitalvermögen gemacht haben. Unter Hinweis auf den bis zur vollendeten Veranlagung noch geltenden Generalpardon fordert der Landrat auf, die gemachten Steuerangaben schleunigst zu berichtigen oder zu vervollständigen. Diese Verlautbarung ist außer durch die Tageszeitungen auch noch in sämtlichen Gemeinden bekannt gegeben worden.

Wiederaufnahmeverfahren gegen die Witwe Hamm.

Die lebhaften Proteste, die in der letzten Zeit auch in den Parlamenten gegen die Beurteilung der aller Wahrscheinlichkeit nach schuldlosen Witwe Hamm aus Flandern eingelegt worden sind, haben den Erfolg gezeitigt, daß demnach die Flandernsacher Nordaffäre nochmals vor dem Elberfelder Schwurgericht verhandelt werden wird. Der Strafsenat des Düsseldorf Oberlandesgerichts hat am Dienstag über die Beschwerde der Staatsanwaltschaft gegen die Anordnung der Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die Witwe Hamm und ihre Hastentlassung entschieden. Die eingehend begründete Beschwerde der Staatsanwaltschaft wurde verworfen.

Eine wichtige Landtagserversammlung

findet am Donnerstag, den 26. März, in dem zum Großherzogtum Oldenburg gehörenden Fürstentum L ü b e c statt. Dort hat der bisherige Landtagsabgeordnete Genosse Rebenfort aus persönlichen Gründen sein Mandat niedergelegt, das er infolge eines Kompromisses mit den Liberalen geholt hatte. Die Wahl ist aus dem Grunde von besonderer Bedeutung, weil es von ihrem Ausfall abhängt, ob im Oldenburger Landtag der schwarzblaue Block wieder ans Ruder kommt oder nicht. Dieser hatte die Linke (12 Sozialdemokraten und 11 Liberale) die Mehrheit in dem 45 Mann starken Parlament. Geht nun das Mandat im Fürstentum Lübeck verloren, dann werden die Schwarzblauen wieder die Mehrheit ha-

figen. Das Wahlergebnis gestaltete sich bei der Hauptwahl im Jahre 1911 wie folgt: Sozialdemokratie 1901, Liberale 1167 und Bund der Landwirte 1791 Stimmen. In der Nachwahl, in der einfache Mehrheit entscheidet, wurde auf Grund eines Kompromisses ein Sozialdemokrat mit 2794 und ein Liberaler mit 2900 Stimmen gewählt. Die Wähler erhielten 2457 resp. 2409 Stimmen. Für unsere Partei kandidiert jetzt der Zimmerer Karl Fick aus Stadelndorf, für die Liberalen Rentier Weiß-Eutin und für die Wähler der Hauptstädter, Hauptmann v. Leberow-Sielbeck. Alle Parteien haben eine außerordentlich rege Wahlarbeit betrieben. Da man uns auf dem Lande die Vergabe der Lokale verweigert, haben wir eine Reihe Landarbeiter, die zum 1. April ihre Dienststellen verlassen, bewogen, uns ihre Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Unsere Versammlungen hatten allgemein einen sehr guten Besuch aufzuweisen; die Landarbeiter scheuten die infolge des herrschenden schlechten Wetters fast unpaffierbaren Wege nicht und kamen teilweise aus stundenweiter Entfernung in unsere Versammlungen. So ist zu erwarten, daß es gelingen wird, dieses Mandat der Sozialdemokratie zu erhalten und Oldenburg vor einer schwarz-blauen Herrschaft zu bewahren.

Die Rochette-Untersuchung.

Paris, 25. März. Der Rochetteauschuss vernahm heute vormittag Monis, Caillaux und Fabre, welche vereidigt wurden, sowie Maire Bernard, welcher schwor, er werde vorbehaltlich des Berufsgeheimnisses die ganze Wahrheit sagen. Caillaux gab die ausdrückliche Erklärung ab, Bernard habe zum ersten Male am 24. März mit ihm von der Rochetteangelegenheit gesprochen. Bernard bestritt das nicht. Monis sagte aus, er habe Fabre am Nachmittag des Tages zu sich berufen, an dem Caillaux mit ihm die Angelegenheit besprochen habe, könne aber nicht das Datum genau angeben. Bernard erklärte, wenn es der 24. März gewesen sei, als er bei Caillaux und Fabre gewesen, so habe er bereits vor der Unterredung mit Caillaux gewußt, daß der Ausschuss bewilligt werden würde. Als Caillaux vorschlug, von seiner Unterredung mit Bernard zu berichten, erklärte dieser, er werde nichts bestätigen oder ableugnen. Caillaux erzählte darauf, Bernard habe ihm bei ihrer Zusammenkunft versichert, er habe durchaus Ruhe nötig und würde nicht instande sein, am 27. April Rochette zu verteidigen. Er beabsichtige, den Gerichtspräsidenten Sibault um einen Aufschub zu bitten, der auf keine Schwierigkeiten stoßen würde, abgesehen von dem Widerstande Fabres, den er fürchte. Auf eine Frage Caillaux' habe Bernard geantwortet, ein Aufschub würde keinen Nachteil mit sich bringen und hinzugefügt: Wenn ich Monis kennen würde, so würde ich ihn fragen, ob die Regierung Einwendungen machen wird. Er, Caillaux, habe erwidert: Sie bitten mich, an Monis die Frage zu richten, ob die Regierung gegen einen Aufschub Einwendungen erheben wird? Nach dieser Aussage Caillaux' wurde Bernard von der Kommission über seine Unterredung mit Fabre verhört. Er erklärte, er habe mit Fabre nicht von Caillaux gesprochen. Fabre versicherte das Gegenteil. Bernard stellte dem ein absolutes Nein entgegen und sagte, er habe sich bei Fabre vorgestellt, nachdem er die Nachricht erhalten, daß der Ausschuss bewilligt sei.

In der Nachmittags-Sitzung erklärte Caillaux, ich bin niemals, weder direkt noch indirekt von der Staatsanwaltschaft benachteiligt worden, ebensowenig hielt sie mich auf dem Laufenden über die Finanzunternehmungen Rochettes. Er bestritt, jemals Monis gegenüber die Worte gebraucht zu haben, die ihm Barthelemy bestritt, den er in seiner Emission in den Mund gelegt. Ebenso bestritt er, daß in seiner Unterhaltung mit Barthelemy am Vorabend des Prozesses gegen Rochette von dem Protokoll Fabre die Rede gewesen sei. Briand erklärte Caillaux weiter, beschränkte sich darauf, mir gegenüber auf die Existenz des Protokolls anzuspielen, doch habe ich seinen Inhalt niemals erfahren und ebensowenig, daß es auf mich abzielte. Briand erklärte mir zu wiederholten Malen, daß mir kein Vorwurf gemacht werden könnte. Man hat mich niemals in den Stand gesetzt, mich zu verteidigen, da meine Vorgänger mir den Text des Protokolls niemals vorgelegt haben. Ich besand mich in Notwehr und machte von meinem Rechte Gebrauch, indem ich Fabre zu mir kommen ließ; und war es etwa ungeschicklich, wenn es der Zufall wollte, daß ein Zeuge unserer Unterhaltung beimögen konnte. Barthelemy hat die äußere Politik gestreift, ich werde ihm auf dieses Gebiet nicht folgen. Ich versichere, er ist getäuscht worden, wenn er hier ungenau von Taten berichtet hat, die ich während meiner Amtszeit als provisorischer Minister des Innern begangen haben soll.

Caillaux erklärte, daß er niemals von nahem noch von weitem die Finanzgeschäfte Rochettes gekannt habe und fügte hinzu, daß er sich glücklich schätze, bei dieser Gelegenheit sagen zu können, daß er von seiner Rolle als Finanzminister immer die höchste Aufmerksamkeit zu haben glaubte. Er habe niemals irgendwelche Einmischung von Privatangelegenheiten in die Staatsgeschäfte geduldet, niemals sei eine Vorsehensmaßnahme von seinem Ministerium ausgegangen. Er sagte weiter: Ich habe mich entschlossen, den Vorsitz in einem Verwaltungsrat zu übernehmen nach einem Schiedsschlage. Ich habe niemals Geschäfte in Frankreich übernehmen wollen und habe zweimal einen Vorsitz aufgegeben. Wenn ich Politiker bleibe, so werde ich mich nicht mehr geschäftlich betätigen, meine Vermögensverhältnisse haben sich geändert. Caillaux wunderte sich darüber, daß man ihm Geschäfte vorwerfe, aus denen man anderen Leuten keinen Vorwurf mache, weil er ein demokratischer Politiker sei. Er würde gern bereit sein, eine Untersuchung über den Stand seines Vermögens zuzulassen.

Caillaux sagte weiter, daß es zweifellos besser gewesen wäre, wenn er die Aufforderung Bernard's nicht angenommen hätte. Caillaux hat seine Kollegen um die Gerechtigkeit, auf die er heute eher denn je ein Recht habe. Er bestätigte, daß er seinen Vorstoß im Verwaltungsrat nicht Kreditgesellschaften verdankte. Er habe immer seine volle Unabhängigkeit bewahrt. Auf Befragen sagte Caillaux ausbeinander, daß als er Finanzminister wurde, Adrien Hebrard ihn bat, in der Angelegenheit der großen Chaux eine Auffschub zu gewähren, der, wie er sagte, versprochen sei. Gemäß dem Gutachten des Direktors der Domänen, habe er den Aufschub verweigert.

Darauf verlagte sich die Kommission. Sie hofft morgen abend ihre Arbeiten zu beenden.

Das Verhör der Frau Caillaux.

Paris, 25. März. In dem gestrigen Verhör versicherte Frau Caillaux nochmals, daß sie nicht die Absicht gehabt habe, Calmette zu töten. Sie habe ganz tief geliebt, um ihn nicht zu töten, aber Calmette habe sich gebüht und sei so von den Augen tödlich verfehlt worden.

Italien.

Ein Erfolg der römischen Hospitalagitation.

Rom, 23. März. (Fig. Ver.) Der Minister Salandra hat angeordnet, daß am 24. d. M. ein Saal des geschlossenen Hospitals von S. Giacomo wieder in Funktion treten soll. Der Saal enthält 30 Betten, wobei die 20 Betten der Unfallstation, die noch das

vorige Kabinett versprochen mußte, nicht eingerechnet sind. Somit sind der Bevölkerung von 300 Krankenbetten wenigstens 70 wiedergegeben worden. Nach dieser Maßnahme Salandra ist nicht zu erwarten, daß er die von dem Kommissar der Krankenhäuser für Ende dieses Monats in Aussicht gestellte Schließung eines anderen Hospitals billigen werde.

China.

Der Weiße Wolf.

Peking, 25. März. Wanden des Weißen Wolf haben Lungschuchai im südöstlichen Schensi eingenommen und zerstört, auch Schanhang, in demselben Bezirk, ist von ihnen geplündert worden. Die Räuber töteten 230 Einwohner, verwundeten weit mehr und machten Hunderte zu Gefangenen. In Lungschuchai befanden sich zwei norwegische Missionare, Christensen und Vatfaas, mit ihren Frauen; ihr Schicksal ist unbekannt.

Aus der Partei.

Zur Tagesordnung des Parteitag.

Parteiausschuss und Parteivorstand haben in ihrer Sitzung vom Dienstag beschloffen, auf die Tagesordnung des Parteitages, der bekanntlich im September in Würzburg stattfinden wird, folgende Gegenstände zu setzen:

1. Militärstaat und Demokratie. (Referent: Genosse Dr. Lensch.)
2. Wirtschaftspolitik und Koalitionsrecht. (Referent: Genosse Kolkenuhr.)

Lebensliste der Partei.

In Leipzig starb im Alter von 57 Jahren Genosse Robert Boeych, der seit Anfang der 80er Jahre der Arbeiterbewegung diente. Boeych kam Anfang der 80er Jahre nach Leipzig und hat während des Verfolgungszeitraumes der Leipziger Bewegung treu und aufopfernd gedient. Er hat seine Arbeit Früchte tragen lassen und den großen Aufschwung der Leipziger Bewegung miterlebt. Sein besonderes Interesse wandte er dem Ausbau des Leipziger Zeitungunternehmens zu; von 1900 an war er mehrere Jahre hintereinander Mitglied des Redaktionskomitees. Seit der Verhaftung des Sonnenwägen Konsumvereins mit dem Vagwägen Verein trat er in diesem in Stellung. Er gehörte dem Vorstand des Ortsvereins von Vagwägen-Bindenau-Schleipzig an und hat alle mit diesem Amt verbundenen Pflichten getreulich erfüllt. Die Arbeiterbewegung verliert in dem allzu früh Dahingegangenen einen aufopfernden, treuen Kämpfer.

Gemeinbewahlerfolge.

Mit allen 55 abgegebenen Stimmen wurde in Groß-Rosen bei Striegau in der 3. Abteilung Genosse Fluke gewählt. Die Gegner beteiligten sich wegen der vollkommenen Ausschichtslosigkeit erst gar nicht an der Wahl.

Daselbe geschah in Groß-Tschausch bei Breslau, wo Genosse Wasse mit allen 60 abgegebenen Stimmen in der dritten Abteilung gewählt wurde.

In Gotschdorf im Riesengebirge wurde in der 3. Abteilung Genosse Rengel gewählt.

In Ströbel bei Zobten siegte Genosse Hüblich mit 58 Stimmen über seinen bürgerlichen Gegner, der nur 21 Stimmen erhielt.

In Klein-Gandau, Landkreis Breslau, in Ober-Sermisdorf bei Waldenburg, und in Falkenberg, Kreis Neustadt, wurde je ein Genosse in der dritten Abteilung gewählt.

In Sachwitz, Wahlkreis Breslau-Land-Deumarkt, wurde ein Mandat in der dritten Abteilung behauptet und ein weiteres dazu geholt. Gewählt wurden die Genossen Schelens und Jeffler. Damit ist die ganze dritte Abteilung in unserem Besitz.

Ein Protest gegen Militarismus und Klassenjustiz in München.

Eine gewaltige Demonstration der Münchener Arbeiterschaft bildete am Sonnabend die Versammlung, in der Genossin Lugenburg sprach. Lange vor Beginn der Versammlung war der größte Münchener Saal überfüllt und polizeilich gesperrt, so daß noch ein zweiter Saal für eine Parallelversammlung belegt werden mußte. Die Kritik der Genossin Lugenburg an der politischen Reaktion fand in beiden Versammlungen stürmischen Widerhall.

Vertagung des italienischen Parteitages.

Rom, 23. März. (Fig. Ver.) Der italienische Parteitag, der vom 5. bis 8. April stattfinden sollte, ist mit Rücksicht auf die Wiederaufnahme der Kammerarbeiten, die am 2. April stattfindet, um drei Wochen vertagt worden. Er wird daher am 26. April in Ancona zusammentreten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wie der Militärstaat beschützt wird.

Als am Ende vorigen Jahres sich in Dypeln ein Verein der Landsturmänner ohne Waffe gründete und diese welterschütternde Begebenheit von der Kriegereidpresse mit lautem Jubel begrüßt wurde als ein neues Bollwerk gegen die staatsfeindliche Sozialdemokratie, glorierte die „Vreslauer Volkswacht“ diese Ueberpatrioten in besonderen und die Vereinstreuer in allgemeinen. Die „Volkswacht“ wies in satirischer Form darauf hin, daß den Gründern des Landsturmvereins ohne Waffe wohl der Patriotismus vergangen wäre, wenn sie aktiv gebietet und die „Freunden“ des Kaiserntums am eigenen Leibe gespürt hätten. Im Anschluß hieran wurde auf die vielfachen Verurteilungen von Soldatenschildern hingewiesen, keineswegs aber behauptet, daß die Soldatenmishandlungen allgemein üblich sind. Dennoch erhob der Staatsanwalt gegen den Verantwortlichen der „Volkswacht“, Genossen Förster, Anklage wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen, weil nach seiner Ansicht die gesamte Institution des stehenden Heeres wissenschaftlich gemacht worden sei. Am Dienstag fand vor der bekannten ersten Vreslauer Strafkammer die Verhandlung statt. Um die „Gefährlichkeit“ des Artikels besonders zu beweisen, beantragte der Staatsanwalt den Ausschluß der Öffentlichkeit während der ganzen Verhandlung, was aber vom Gericht abgelehnt wurde. Das Urteil lautete auf 6 Wochen Gefängnis. Dabei mußte das Gericht in der Urteilsbegründung zugeben, daß Mißhandlungen und sogar schwere, in großer Zahl vorkommene. Verurteilt waren 2 Monate Gefängnis.

Im Anschluß an diesen Prozeß fanden gegen den Genossen Förster noch zwei weitere Termine wegen Verleumdung eines reichsverbändlerischen Rechtsanwalts Schmidt statt. Dieser hatte als Verteidiger konservativer Gutbesitzer in einem Verleumdungsprozeß gegen Förster eine wüste Deklamation gegen die Sozialdemokratie von Stapel gelassen und war dafür von der „Volkswacht“ in Wahrung berechtigter Interessen auf den Mund geklopft worden. Mit Rücksicht auf ein kürzlich gegen Förster ausgesprochenes hartes Urteil wegen Privatverleumdung, auf die im allgemeinen recht harten Urteile gegen die „Volkswacht“ und unter besonderer Bezugnahme auf das kurz vorher gefällte Urteil von sechs Wochen Gefängnis lehnte jetzt Genosse Förster den ganzen Gerichtshof wegen Befangenheit ab. Er erklärte, daß er zu dieser Rechtsprechung kein Vertrauen mehr habe, weil er in den Richtern der ersten Strafkammer nicht Richter,

sondern seine politischen Gegner erblicke. Dem Wunsche der schleunigt aus Kollegen der Abgeordneten gebildeten Beschlußkammer, die über den Ablehnungsantrag zu beschließen hatte, zu beweisen, inwieweit die Richter seine politischen Gegner sind, kam Genosse Förster sofort nach, indem er erklärte, daß der der Verhandlung beiwohnende Landgerichtspräsident Dr. Felsmann, der über die Beförderung der Richter zu entscheiden hat, dem konservativen Wahlverein als Mitglied beigetreten ist.

Die abgelehnten Richter erklärten sich natürlich für unbeschäftigt und erkannten dann im Namen des Königs für Recht, daß Genosse Förster wegen Verleumdung des Reichsverbändlers Schmidt in einem Falle zu 50 Mark Geldstrafe, im zweiten Falle zu zwei Monaten Gefängnis zu verurteilen ist. Die Wahrung der berechtigten Interessen wurde nicht anerkannt. Verurteilt waren 6 Wochen und 3 Monate, zusammengezogen 4 Monate Gefängnis.

Da Genosse Förster erst vor wenigen Tagen zu drei Wochen Gefängnis wegen angeblicher Verleumdung eines Pfarrers verurteilt wurde, so ist sein Strafkonto außer den Geldstrafen jetzt mit über vier Monaten Gefängnis belastet. Einige andere Prozesse stehen noch aus.

Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugend.

Die soeben erschienene Nr. 7 des 6. Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Aufstrebende Justiz. — Aus der Lebensgeschichte der proletarischen Jugendbewegung. Von Bernhard Dörmel. (Fortsetzung.) — Recht und Gesetz. (Schluß.) — Das Märchen im Naturleben. Von Heinz Belten. (Mit Abbildungen.) — Aus der Jugendbewegung. Vom Kriegsschauplatz. Die Gegner an der Arbeit. Des Lehrlings Lebenschronik. Von der Seite der Kultur usw.

Beilage: Der Dichter. Erzählung von Fritz Müller. — Walter v. Rolos Schillerwest. Von F. D. — Aus Americas Arbeiterbewegung. Von H. Scheidemann. (Mit Abbildungen.) — Vom Wärmehaushalt des Menschen. Von Karl Kautsch jun. — Das tägliche Turnen. Von Max Rierich. (Mit Abbildungen.)

Letzte Nachrichten.

Amtliche Untersuchung der Duala-Angelegenheit.

Zur Untersuchung der bei den Verhandlungen des Reichstages über den Etat von Kamerun zur Sprache gekommenen angeleglichen Mißgriffe der Schutzgebetsbehörden bei der Durchführung der Trennung der Eingeborenen-siedlungen von der Europäerstadt in Duala hat, wie durch Wolffs Telegraphen-Bureau mitgeteilt wird, der Staatssekretär des Reichskolonialamts, Dr. Solz, eine Kommission eingesetzt, die sich Anfang April nach Kamerun begeben wird. Die Kommission steht unter der Leitung des Unterstaatssekretärs im Reichskolonialamt Dr. Conze. Außerdem gehört ihr Regierungsrat Dr. Volkmann an. Der Unterstaatssekretär wird im Anschluß an den Aufenthalt in Duala auch das Schutzgebiet Logo und außerdem Lago besuchen.

Demission des englischen Kriegsministers.

London, 25. März. Unterhaus (Fortsetzung). Kriegsminister Seely führte weiter aus: Dann kam das Telegramm vom General Baget, wonach es der Regierung schien, daß die Offiziere vorbedachtermachen den gesetzmäßigen Befehlen Bagets getrotzt hätten. Später stellte es sich heraus, daß ein vollkommen ehrenhaftes Mißverständnis über die Erklärung Bagets an die Offiziere vorgekommen war. Diese hatten geglaubt, Ulster würde als feindliches Gebiet behandelt und sollte durch einen Angriff überwältigt werden. Zu dieser Annahme lag nicht der Schatten eines Grundes vor. Seely erklärte weiter: Jede Annahme, daß der König irgendwie in die Angelegenheit eine Initiative ergötze, gab der Kriegsminister Einzelheiten über die Unterredungen mit General Gough. Dieser habe erklärt, die Offiziere hätten geglaubt, sie würden dazu benutzt, um Ulster zu bezwingen. Seely sagte, er habe General Gough erwidert, die Regierung habe jedoch nicht die Absicht, das Recht, die Zivilgewalt zu schützen, wenn sie angegriffen würde, dazu auszunutzen, um die politische Opposition zu brechen. Er habe diese Erklärung in zwei Paragraphen dem bereits vom dem Kabinett gebilligten Dokument angefügt, und da sie den Anschein erweckten, als ob die Offiziere ihre Bedingungen durchgesetzt hätten, nehme er den Tadel, daß er unachtsam gewesen sei, ganz auf sich. Zu der Zeit, als das Kabinett über das Dokument beriet, und als die Kabinettsmitglieder es für endgültig hielten, habe er durch seine Handlungsweise seine Kollegen irreführt und war sehr zu tadeln. Er habe daher Asquith gebeten, seinen Rücktritt anzunehmen.

Eine Erklärung Asquiths.

London, 25. März. (W. L. V.) Unterhaus. Premierminister Asquith führte aus: Das Kabinett hat in seiner Sitzung vom 23. März vom Kriegsamt den Entwurf eines Briefes an General Gough erhalten und über diesen Brief beraten. Als die Beratung beendet war, enthielt der Brief nur den ersten der drei Paragraphen des heute morgen veröffentlichten Dokuments und vermach es sorgfältig, irgendwelche Zusicherungen zu geben, tat jedoch das, welches die Pflichten der Offiziere seien. Wenn er, fuhr Asquith fort, im Hause erklärte hätte, daß die Offiziere bedingungslos zurückgekehrt seien, so sei er von dem Zufall, den Seely gemacht hätte, nicht unterrichtet gewesen. Er sei der festen Ueberzeugung, daß es nicht recht sei, wenn die Regierung im voraus einen Offizier frage, was er bei Ereignissen, die noch nicht eingetreten wären, tun würde oder nicht tun würde. Noch weniger wäre es für einen Offizier richtig, so etwas als Regierung zu fragen, oder für die Regierung, einem Offizier irgendwelche Zusicherungen zu geben. (Anhaltender Beifall bei den Ministerialen.) Solange wir, fuhr Asquith fort, für die Regierung des Landes verantwortlich sind, werden wir nicht unsere Zustimmung dazu geben, welches auch immer die Folgen sein mögen, daß irgendeine Gruppe von Leuten in Arondiensten — seien es Offiziere oder Soldaten — im voraus von der Regierung Zusicherungen darüber verlangt, was sie tun oder nicht tun sollen unter Umständen, die noch nicht eingetreten sind. (Stürmischer Beifall bei den Ministerialen.) Wenn wir einer solchen Forderung zustimmen würden, so wäre die Regierung der Gnade des Militärs ausgeliefert. Asquith legte in seiner Rede mit Nachdruck gegen den unangebrachten und unrechten Versuch, den Namen des Königs mit dieser Sache in Verbindung zu bringen, Verwahrung ein. Er erklärte mit aller Bestimmtheit, daß vom ersten bis zum letzten Augenblick der König in allen diesen Dingen jede Vorstufe beobachtet hätte, die mit der Würde und der Stellung eines konstitutionellen Herrschers im Einklang stünde. (Beifall.)

Öffentliche politische Versammlungen.

Sechster Wahlkreis.

Sonntag, den 29. März 1914, abends 6 Uhr, im Zwinemünder Gesellschaftshaus, Zwinemünder Straße 12:

Öffentliche politische Versammlung für Männer und Frauen.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Karl Geyshold über: Was lehrt uns die Rote Woche? 2. Diskussion.

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Einberufer:

Karl Jaenicke, Pulverer Straße 8.

Zentralverband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschl.

Filiale Groß-Berlin.

Am nächsten Freitag, den 27. März 1914, abends 6 1/2 Uhr, bei Obiglio, früher Keller, Koppenstraße 29:

Allgemeine Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zu dem von den Unternehmern erneut Gebotenen bezüglich eines neuen Tarifvertrages.

2. Verschiedenes.

In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Kollegen, zu erscheinen.

192/3*

Der Vorstand.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Bureau: Melchiorstraße 28, part. Berufsregister Amt Wpl. Nr. 4787.

Filiale Berlin.

Arbeitsnachweis: Gormannstraße 13. Fernsprecher: Amt Norden 3791-97.

Freitag, den 27. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

Bericht und Neuwahl des Filialvorstandes.

Nur Mitgliedsbuch legitimiert.

136/16*

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Wir erlauben die Kollegen, sich die Jahresberichte im Bureau oder auf den Zahlstellen abzuholen.

Steinarbeiter.

Donnerstag, den 26. März, abends 8 1/2 Uhr, in den Prachtzälen „Alt-Berlin“, Blumenstr. 10:

Versammlung der Marmorarbeiter.

Tagesordnung:

171/3*

Die Aussperrung und ihre Folgen.

Kein Kollege darf fehlen!

Die Sektionsleitung.

Achtung!

Brauereiarbeiter!

Achtung!

Sonntag, den 29. März, vormittags 11 1/2 Uhr, im Lokal Neue Welt, Hasenheide 108/114 (großer Saal)

Allgemeine

Brauereiarbeiter - Versammlung.

Tagesordnung:

Bericht der Lohnkommission über das neueste Angebot der Unternehmer. Diskussion. Beschlussfassung.

Zu dieser Versammlung sind alle in den Lagerbierbrauereien, Mälzereien, Malzbierbrauereien und Bierlieferungen Berlins und der Umgegend beschäftigten und den unterzeichneten Organisationen angehörenden Arbeitnehmer sämtlicher Kategorien eingeladen.

Kollegen! Agitiert für einen Massenbesuch dieser Versammlung.

Kollegen! Erscheint pünktlich, da uns der Saal nur bis 2 1/2 Uhr zur Verfügung steht.

Mitgliedsbuch oder Mitgliedskarte berechtigt zum Eintritt!

Ohne gutstehendes Mitgliedsbuch oder Karte wird unter keinen Umständen der Eintritt gestattet.

Die Einberufer:

49/15*

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter. Deutscher Transportarbeiterverband. Verband der Maschinisten und Heizer. Deutscher Metallarbeiterverband. Verband der Böttcher. Deutscher Holzarbeiterverband. Verband der Maler und Lackierer. Verband der Kupferschmiede. Verband der Sattler. Allgemeiner Deutscher Gärtnerverein. Ortsverwaltungen Berlin.

NB. Weitere Bekanntmachungen zu dieser Versammlung erfolgen nicht. Die Vertrauensmänner werden aufgefordert, für Bekanntgabe dieser Einladung Sorge zu tragen.

D. O.

Verantwortl. Schrift.: Ulrich Wislitzky, Redaktions- und Anzeigenteil veranm.: E. Wiede, Berlin, Druck u. Verlag: Hermann's Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Diegen 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

HOSEN

Besonders billige Ausnahme-Preise!

Nur — Donnerstag, Freitag, Sonnabend — Nur
— Sonntag und Montag —

Herren-Hosen	schöne Streifen	Ausnahmepreis	3 ⁶⁰
Herren-Hosen	gestreifte Buokskins	Ausnahmepreis	4 ⁵⁰
Herren-Hosen	in 6 verschiedenen Mustern	Ausnahmepreis	5 ⁴⁰
Herren-Hosen	Kammgarnart	Ausnahmepreis	6 ³⁰
Herren-Hosen	in 9 verschiedenen Mustern	Ausnahmepreis	7 ²⁰
Herren-Hosen	zum Outway passend	Ausnahmepreis	8 ⁰⁰
Herren-Hosen	Kammgarn und Cheviot	Ausnahmepreis	9 ⁹⁰
Herren-Hosen	graues Kammgarn, fein gestreift	Ausnahmepreis	12 ⁰⁰
Herren-Hosen	in 8 vornehmen Streifen	Ausnahmepreis	13 ⁵⁰
Herren-Hosen	prima Kammgarn, in Ausföhrung	Ausnahmepreis	15 ⁰⁰
Jünglings-Hosen	in vielen schönen Streifen	Ausnahme-Preise!	
Bauchhosen	in 36 verschiedenen Längen und Weiten		
Extra große u. schlanke Hosen			

Hosen aus Resten und Maßstoffen sehr billig!

Obige Angebote sind eigene Erzeugnisse

BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes für Herren- und Knaben-Kleidung
Chausseestraße 29-30 BERLIN 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 Gegr. 1891 Schöneberg, Hauptstr. 10

Prompter Versand nach außerhalb

Sonntag nur von 12 bis 2 geöffnet!

Der Haupt-Katalog Nr. 48 kostenfrei

Sonntag nur von 12 bis 2 geöffnet!

Möbel-Kredit

Beim Kauf hierfür 5 R. gut! Bevor Sie sich Möbel kaufen, lesen Sie sich meine für 265 Mark zusammengehaltene solide Wohnungseinrichtung an. Anzahlung 20 Mark, Abzahlung ganz nach Vereinbarung.

Ehrlich, Alt-Schönhauser Str. 10.

Blumen- und Franzbinderei von Robert Meyer,

Ant.: P. Gollets Mariannestr. 3. Tel. Mpl. 346

Frankfurter Herren - Moden

Gediegene Maß - Anfertigung! Guter Sitz garantiert!

Anzug oder Paletot zu Einheitspreisen 35.- 42.- 48.-

Am Alexanderplatz Eing. Pranzauer Str. 32

Herausgefüttert

werden fleischförmige junge Mädchen, schlüssliche, bessere Personen, fränkliche Frauen, Blasse, leicht erwiderte Kinder, wenn sie regelmäßig mit

Dr. A. & W. Hafermark

ernährt werden. Wissenschaft und ärztliche Erfahrung haben uns den Wert der Hafermarkung (siehe) gelehrt. Über kein anderes Hafermark ist ein solches Zeugnis, Nährwert und schneller, einfacher Zubereitung Dr. med. Rud. Wolf's Hafermark.

Sebensvorschrift auf den Paleten. Originalpaket = 1 Pfd. 40 Pf. General-Depot: D. Mader, Prinzenstr. 86. Zu haben in den Filialen der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.

SINGER

Familien-Nähmaschinen sind die vollkommensten!

Neue Spezial-Apparate für den Hausgebrauch.

SINGER CO.

Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin, Leipziger Str. 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Berlin und Umgegend.

Deutsches Reich.

Die Theaterkünstler, welche in Theater-Defolationsgeschäften, Filmberiebnen und Theatern arbeiten, stehen in einer Tarifbewegung. Eine Versammlung, die hierzu Stellung nahm, besprach einen bereits ausgearbeiteten Tarifentwurf. Der Entwurf hält sich allgemein an den Holzarbeiterarif. Nur in einzelnen Positionen sind die Spezialwünsche der Gruppe berücksichtigt. Insbesondere betrifft dies die Arbeitszeit. Einzelne Redner klagten in der Diskussion über das übliche Ueberstundenwesen und es wurde eine geregelte Arbeitszeit gewünscht. Besonders notwendig sei, daß den Arbeitern die Essenspausen bestimmt gesichert werden. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, daß für bestimmte Betriebe dieser Entwurf noch entsprechend formuliert werden kann. Scharf getadelt wurde noch, daß im Deutschen Theater die Löhne amallerniedrigsten sind; es werden 90-125 Mark monatlich gezahlt. Geradezu ein starkes Bild bedeutet es aber, wenn derselbe den Arbeitern die persönliche Freiheit eingeengt wird, daß man ihnen das Lesen des „Vorwärts“ verbietet.

Die Klempner und Monteur für Bierdruckapparate haben die kürzlich von ihnen aufgestellten Forderungen zur Verbesserung des Tarifs von einzelnen Unternehmern eingereicht und darauf meist ablehnende, aber noch keine endgültigen Antworten erhalten. Die Unternehmer wollen die Angelegenheit erst in ihrer Organisation besprechen und den Arbeitern am Sonnabend Bescheid geben. — Eine am Mittwochabend abgehaltene Versammlung der in der Bierdruckbranche Beschäftigten erklärte, den Bescheid abzuwarten, auch mit den Unternehmern zu verhandeln, wenn dieselben dazu bereit sein sollten. Auf jeden Fall soll am Dienstagabend — dem Zeitpunkt des Tarifablaufs — wieder eine Versammlung abgehalten werden, welche über die weiteren Schritte Bescheid zu fassen hat.

Die Kaffeehändler stehen in einer Lohnbewegung. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen mit den Arbeitgebern berichtet Dalli in einer Branchenversammlung. Freilich konnte der Bericht nicht besonders günstig lauten. Die Unternehmer glaubten mit der Bewilligung von 25 bzw. 50 Pf. auf den Grundlohn ein nicht zu überbietendes Entgegenkommen gezeigt zu haben und nun erwarten zu dürfen, daß die Arbeiter ihre allerdings erheblich weitergehenden Forderungen fallen lassen würden. Dazu besteht aber unter den Kaffeehändlern absolut keine Neigung. Die Unternehmer lehnten sogar ab, die Positionen im einzelnen durchzuerörtern. Ja, wenn die Arbeiter einen fünfjährigen Tarif in Kauf nehmen würden, dann würde man vielleicht noch ein wenig mehr bewilligen. Beileibe aber nicht, was an unerlässlichen Forderungen aufgestellt ist. Die Lohnkommission schlug jedoch vor, eine fünfjährige Vertragsdauer strikte abzulehnen.

Wagner ergänzte den Bericht, namentlich den ablehnenden Standpunkt der Arbeitgeber hinsichtlich der Arbeitszeitverlängerung und der Ferien hervorhebend. Dieser Forderung stehen sie vollständig verständnislos gegenüber.

In der Aussprache wurden nur Stimmen laut, die den Vorschlag der Kommission bekräftigten und auch allgemein begeisterten Widerhall in der überaus stark besuchten Versammlung fanden. Es wurde unter anderem auch hervorgehoben, daß bereits eine der bedeutendsten Firmen der Branche den größten Teil der Forderungen für ihre Arbeiter bewilligt hat. Dadurch ist die Ubrige, die Erfüllung der Forderungen führe zum Ruin, glänzend ad absurdum geführt. Die geheime Abstimmung ergab die Ablehnung der fünfjährigen Vertragsdauer gegen nur vier Stimmen! Gleichzeitig wurde aus der Mitte der Versammlung ein Antrag gestellt, die Verhandlungen nicht über den 1. April hinaus zu führen. Auch dem stimmte die Versammlung gegen wenige Stimmen zu und aus der Stimmung ging unzweifelhaft hervor, daß man sich wohlgerüstet fühlt, den Kampf selbst mit den schärfsten Mitteln durchzuführen.

Achtung, Freizeugschiffen! Wegen Tarifbruchs sind für Verbandsmitglieder gesperrt: Keumann, Sonnenburger Str. 12; Rielke, Huttenstr. 99; Müde, Montessulstr. 5; Rinke, Stadtschreiberstraße 59; Deutschel, Reutlin, Karolinenstr. 20.

Verband der Freizeugschiffen.

Die Verabschiedung von Tarifverträgen im Baugewerbe.

Am 13. und 14. März sind von den Zentralinstanzen im Baugewerbe weitere 84 Verträge unterzeichnet worden. Nach Landesteilen geordnet stehen oben Hannover und Posen mit 24 Verträgen, dann folgt Thüringen mit 16, Westpreußen mit 11, Brandenburg mit 7, Pommern mit 6, Schleswig-Holstein mit 5, Posen und Königreich Sachsen mit je 4, Provinz Sachsen mit 3, Braunschweig und das nördliche Bayern mit je 2 Verträgen.

Insgesamt sind von den 900 Verträgen, die am 31. März 1913 abgeschlossen waren und an denen der Bauarbeiterverband beteiligt war, 202 endgültig verabschiedet. Aus der letzten Zahl ist ersichtlich, wie langsam sich der Abschluß der Verträge vollzieht. Wenn darin nicht eine Besserung eintritt, dann wird man das Schauspiel erleben, daß während der Vertragsperiode bis zum Jahre 1916 längst nicht alle Verträge ordnungsmäßig verabschiedet sind.

Woran das liegt, ist früher schon erwähnt worden. Es sind bestimmt eine große Anzahl Verträge örtlich unterzeichnet, die bisher der Zentralorganisation nicht vorgelegt worden sind. Sie befinden sich in Händen des Unternehmerbundes oder seiner Bezirksverbände. Der Bauarbeiterverband wird jetzt daran gehen, genaue Feststellungen über die Zahl der örtlich unterzeichneten Verträge zu machen. Nach seiner vorläufigen Aufzeichnung sind es über 700 Verträge, die von den örtlichen Organisationen bereits unterzeichnet sind. Danach müßten also rund 500 Verträge bisher der endgültigen Verabschiedung entzogen worden sein. Die Angaben mögen im einzelnen etwas differieren, aber die Tatsache selbst kann nicht bestritten werden. Und da für diese Verträge nicht einmal Anträge beim Haupttarifamt gestellt worden sind auf Aufhebung oder Korrektur, so liegt zu solcher Handlung nicht einmal ein einwandfreier Grund vor. Jedenfalls ist es als eine Annäherung des Unternehmerbundes anzusehen, wenn er über Verhandlungen in den Verträgen allein entscheidet. Das ist das Recht aller am Vertrag beteiligten Parteien.

Auffallen muß, daß ganz Bayern nur mit zwei Verträgen zu verzeichnen ist. Das hat auch wieder seine Ursache in einer Eigenmächtigkeit des Südbayerischen Bezirksunternehmerverbandes. Dieser Verband ist nach der Entscheidung des Haupttarifamtes, die es am 9. Dezember vorigen Jahres über die Zulässigkeit der Affordarbeit gefällt hat, einfach hergekommen und hat zu dem Vertragsmuster einen Anhang geschaffen, dessen widerspruchsfreie Anerkennung er von den Arbeitern verlangt. Der Anhang verlangt die in der Entscheidung des Haupttarifamtes liegende Anerkennung der Affordarbeit allzu gründlich und schiebt weit über das Ziel hinaus. Er verfährt direkt gegen eine neuere Entscheidung des Haupttarifamtes. Daß sich die Arbeiter so etwas nicht bieten lassen, sollte doch der Südbayerische Bezirksunternehmerverband auch wissen. So ist in Bayern der Fortgang in der Verabschiedung der Tarifverträge durch den Unternehmerverband wiederum ins Stocken gebracht worden.

Gelbe Brüder unter sich.

Daß die Gelben die Brüderlichkeit unter sich etwas sehr weit treiben können, lehrt die Beurteilung eines gelben Bundesbruders der Väterbrüderlichkeit in Eberwalde wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges. Die Väterbrüderlichkeit, die Schutzharte der Innungsmeister, die den in Väterverbände organisierten Vätern bei einem kürzlich stattgefundenen Kampfe in den Mäden fiel, hatte am 8. Februar eine Brüderchaftsversammlung. Die Bundesbrüderlichkeit wurde auch dadurch bestätigt, daß der Väterbrüder, N. aus Eberwalde mit seinem Bundesbruder V. in Streitigkeiten geriet, die allerdings zunächst geschlichtet wurde. Am Donnerstag darauf jedoch trat er den V. wieder an und schlug ihn ohne jede Veranlassung mit einem Stahlrod über Kopf und Rücken. Der Geschlagene mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen, um die ärztliche Beweise der Bundesbrüderlichkeit wieder los zu werden. Das Gericht hatte für diese Auffassung der Brüderlichkeit augenscheinlich auch kein Verständnis, weswegen es den Beschuldigten zu 75 Mark Geldstrafe oder 15 Tagen Gefängnis verurteilte.

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, der sich mit 80 Bezirks-, Landes- und Provinzialverbänden sowie 11 unmittelbar angeschlossenen Ortsverbänden über das ganze Deutsche Reich erstreckt und auch den Betonbau-Arbeitgeberverband für Deutschland

Kleines Feuilleton.

Notizen.

— Frederic Mistral gestorben. In seinem Geburtsort Mailane bei Marseille starb 84 Jahre alt der Dichter Frederic Mistral. Sein Verdienst ist, daß er die provenzalische Sprache der französischen Poesie wiedergewonnen hat. Nach seinem Vorschlage nennen sich die neuen Dichter der Provence seit jetzt Jahren Feilbristen (zu deutsch: Leute, die Väter schaffen). Durch Dichterverstämpe, die alljährlich im Mai auf Plumenfesten abgehalten werden, suchen sie das Interesse für die heimatliche Dichtkunst in der provenzalischen Bevölkerung anzufachen. Mistral hat sich großer Vollständigkeit erreicht. Sein idyllisches Epos *Mireio*, das 1899 entstand und den großen Preis der Akademie erhielt, hat in der Weltliteratur Auf erworben. Nikolaus Welter hat über Mistral und andere Provenzalen ein deutsches Buch geschrieben.

— Boris Schidjal ist noch nicht entschieden. Kurzzeit findet noch ein lebhafter Schriftwechsel zwischen der Petersburger Staatsanwaltschaft und dem Justizministerium statt, denn die Staatsanwaltschaft will die Verantwortung für den geplanten Streich nicht auf sich allein nehmen. Die endgültige Entscheidung über diese Frage liegt also bei dem Justizminister Schtschegolow, dessen Tätigkeit als oberster Leiter der russischen Rechtsprechung die Gewähr dafür bietet, daß die russische Justiz, Gortl nicht so leicht aus ihren Krallen befreit wird.

— Theaterchronik. Im Lessing-Theater werden in Bedarfs Tragedie „Simon“ Frank und Lilly Wedelind heute und am Montag nächster Woche als Og v. Bafan und Delila gastieren. — In den Kammerstücken des Deutschen Theaters findet Montag die erste Aufführung des aus dem Chinesischen übertragenen Schauspiel „Die gelbe Jade“ in der Uebersetzung von Frank Freund statt.

— Die Professorensammlung des Goethe-Bundes Berlin, die sich mit dem Thema „Eine neue lex Heinze“ befassen wird, findet am nächsten Sonntag, 29. d. Mis., präzis 12 Uhr mittags, im Blüthneraal, Lützowstraße 76, statt.

— Das Stadion auf dem Gannstatter Wajen, das im Anschluß an die Ausstellung für Gelübdepflege geplant war, ist gesichert. Es wird ein Sportplatz größten Umfangs sein.

— Drecksferien. Mit diesem schönen Wort bezeichnet man in Niederösterreich eine besondere Art Schulferien, die es zurzeit in einem Dorfe des Kreises Landeslutz gibt. Der Schmutz auf den Dorfstraßen hat dort eine solche Tiefe erreicht, daß für die jüngeren Volksschüler der Unterricht aufgehoben werden mußte, weil die Kleinen auf dem Weg zur Schule stundenlang darin wälzten.

— Die bittere Pille der Unzuchtsschnäffler. Aufgehoben wurde die im vorigen Jahre von der Berliner Staatsanwaltschaft verhängte Beschlagnahme der Künstlerporträts, die hergestellt sind nach den im Leipziger Museum für bildende Künste ausgestellten Werken „Adam und Eva“ von B. Müller-Schönfeld und „Odysseus und die Sirenen“ von Otto Greiner. Hoffentlich finden die, die es angeht, recht bald weitere Gelegenheit, Willen dieser Art zu schlucken. An der nötigen Vormisshung haben sie's ja nicht fehlen lassen.

Die Sternwarte als Nationaldomizil.

Im Anschluß an das, was jüngst der „Vorwärts“ über die Entwicklung der „Urania“ geschrieben hat, könnte man auf gewisse Eigentümlichkeiten eines anderen Berliner wissenschaftlichen Institutes hinweisen. In der Treptow-Sternwarte werden seit einiger Zeit „gemeinverständlichste“ Filmvortrüge — auch für die Jugend“ (es wird sogar immer ein sehr jugendliches Publikum vorausgesetzt) gehalten. Am letzten Sonntag „Mit Dzeandampfer von Bremen nach New York.“ Wer in der „Urania“ die „Reise mit dem „Imperator“ nach New York“ verfolgt hat, wird sich erinnern, daß ganz besonders der ungedeuere Puzas auffällt, der sich auf so einem modernen Riesen-dampfer konzentriert. Diesen Eindruck aufkommen zu lassen, vermeidet nun der Film in der Sternwarte ganz offensichtlich. Die überhaupt die Tendenz vorberichtet, alles auszuhalten, was die Begehrlichkeit der Arbeiter irgendwie wecken könnte. Einen breiten Spielraum nehmen die Bilder ein, die uns das angeblich außerordentlich bequeme und angenehme Leben der — Zwischendepassagiere zeigen lassen. Und dazu heißt es: „Die Leute denken noch lange, lange an die schöne Reise.“ Einen Wispel aber erreicht diese Darstellungsweise bei einem Bilde, das uns in einen Gesellschaftsraum der ersten Kajüte führt. Diesen Film begleiten im Vortrage die Worte: „... Hier werden Pläne geschmiedet und Beschlüsse abgeschlossen — zu Ruh und Frommen der Arbeiterschaft.“ Also nun wißt ihr's, für wen die Herrschaften kostspielige Reisen unternehmen: für euch, zu Ruh und Frommen der Arbeiter.“ Wenn der oder jener etwa gedacht haben sollte, daß hier die Drohnen der Gesellschaft in wenigen Tagen verpassen, was Tausende von euch in langer, schwerer Arbeit geschaffen haben, so belehrt euch jetzt ein wissenschaftliches Institut eines Besseren. Euch zu Ruh und Frommen reißt man in der Welt herum; natürlich — denn ihr müßt doch was zu schulten haben. Am Schluß des Vortrages wurde darauf hingewiesen, daß diese Aufnahmen sich vorteilhaft von den sonst üblichen Darstellungen in den „Kleinstädten“ unterscheiden: „Dieser Film läßt nicht“ (allerdings, der Film nicht), und es sei kein Trid dabei. Wirklich gar kein Trid, Herr Direktor?

Was kostet die Belehrung einer Seele? Will man wissen, wie hoch sich die Kosten der Belehrung einer Seele stellen, so braucht man nur den amerikanischen Geistlichen Billy Sunday zu fragen. Er hat darüber eine genaue Statistik aufgestellt, die auf ausgiebigen eigenen Erfahrungen beruht. Pastor Billy Sunday betreibt nämlich die Belehrung armer Seelen im größten Stil und mit den modernsten Mitteln: um Seelen anzulocken, gründet er Baseballgesellschaften, mietet Spielhallen und sorgt für alle Spielgeräte. Dann verkündigt er den in Scharen herbeigeströmten Ungläubigen das Evangelium des Baseballspiels und gleichzeitig das Wort Gottes. Seine auf diese Weise zustandekommenen Missionenverfassungen zählen nach hunderten, und Zehntausende von Seelen sind durch ihn in den Schoß der Kirche zurückgeführt worden. Die Kosten für Kleidung der Hüllen, Anschaffung der Geräte, Herstellung der Druckmaschinen, die Porto- und Propagandaspesen belaufen sich auf Tausende und Abertausende von Dollar. Je nach den einzelnen Staaten sind sie verschieden hoch, und auch die Ergebnisse sind ungleich, je nach der Höhe der allgemeinen Kosten des Lebens und der Empfänglichkeit der Einwohner. Alles in allem kostet nach genauer Schätzung des Pastors Billy Sunday die Belehrung einer Seele 625 Dollar in Indianapolis, 545 in New York, 450 in Boston, 395 in Chicago, 30 in New Orleans, 75 in Atlanta. Nach einer beliebigen Nebenbauri des Herrn Pastors ist die New Yorker Seele eine harte Nuß, zu deren Anzuden scharfe Zähne gehören. Das nimmt bei dem modernen Wabel New York nicht Wunder, aber warum ist eine Belehrung in Indianapolis noch teurer? Den Grund dafür bleibt: Herr Billy Sunday einstweilen noch schuldig.

Der in der „Urania“ die „Reise mit dem „Imperator“ nach New York“ verfolgt hat, wird sich erinnern, daß ganz besonders der

Die Sternwarte als Nationaldomizil.

Die Sternwarte als Nationaldomizil. Im Anschluß an das, was jüngst der „Vorwärts“ über die Entwicklung der „Urania“ geschrieben hat, könnte man auf gewisse Eigentümlichkeiten eines anderen Berliner wissenschaftlichen Institutes hinweisen. In der Treptow-Sternwarte werden seit einiger Zeit „gemeinverständlichste“ Filmvortrüge — auch für die Jugend“ (es wird sogar immer ein sehr jugendliches Publikum vorausgesetzt) gehalten. Am letzten Sonntag „Mit Dzeandampfer von Bremen nach New York.“ Wer in der „Urania“ die „Reise mit dem „Imperator“ nach New York“ verfolgt hat, wird sich erinnern, daß ganz besonders der ungedeuere Puzas auffällt, der sich auf so einem modernen Riesen-dampfer konzentriert. Diesen Eindruck aufkommen zu lassen, vermeidet nun der Film in der Sternwarte ganz offensichtlich. Die überhaupt die Tendenz vorberichtet, alles auszuhalten, was die Begehrlichkeit der Arbeiter irgendwie wecken könnte. Einen breiten Spielraum nehmen die Bilder ein, die uns das angeblich außerordentlich bequeme und angenehme Leben der — Zwischendepassagiere zeigen lassen. Und dazu heißt es: „Die Leute denken noch lange, lange an die schöne Reise.“ Einen Wispel aber erreicht diese Darstellungsweise bei einem Bilde, das uns in einen Gesellschaftsraum der ersten Kajüte führt. Diesen Film begleiten im Vortrage die Worte: „... Hier werden Pläne geschmiedet und Beschlüsse abgeschlossen — zu Ruh und Frommen der Arbeiterschaft.“ Also nun wißt ihr's, für wen die Herrschaften kostspielige Reisen unternehmen: für euch, zu Ruh und Frommen der Arbeiter.“ Wenn der oder jener etwa gedacht haben sollte, daß hier die Drohnen der Gesellschaft in wenigen Tagen verpassen, was Tausende von euch in langer, schwerer Arbeit geschaffen haben, so belehrt euch jetzt ein wissenschaftliches Institut eines Besseren. Euch zu Ruh und Frommen reißt man in der Welt herum; natürlich — denn ihr müßt doch was zu schulten haben. Am Schluß des Vortrages wurde darauf hingewiesen, daß diese Aufnahmen sich vorteilhaft von den sonst üblichen Darstellungen in den „Kleinstädten“ unterscheiden: „Dieser Film läßt nicht“ (allerdings, der Film nicht), und es sei kein Trid dabei. Wirklich gar kein Trid, Herr Direktor?

Was kostet die Belehrung einer Seele? Will man wissen, wie hoch sich die Kosten der Belehrung einer Seele stellen, so braucht man nur den amerikanischen Geistlichen Billy Sunday zu fragen. Er hat darüber eine genaue Statistik aufgestellt, die auf ausgiebigen eigenen Erfahrungen beruht. Pastor Billy Sunday betreibt nämlich die Belehrung armer Seelen im größten Stil und mit den modernsten Mitteln: um Seelen anzulocken, gründet er Baseballgesellschaften, mietet Spielhallen und sorgt für alle Spielgeräte. Dann verkündigt er den in Scharen herbeigeströmten Ungläubigen das Evangelium des Baseballspiels und gleichzeitig das Wort Gottes. Seine auf diese Weise zustandekommenen Missionenverfassungen zählen nach hunderten, und Zehntausende von Seelen sind durch ihn in den Schoß der Kirche zurückgeführt worden. Die Kosten für Kleidung der Hüllen, Anschaffung der Geräte, Herstellung der Druckmaschinen, die Porto- und Propagandaspesen belaufen sich auf Tausende und Abertausende von Dollar. Je nach den einzelnen Staaten sind sie verschieden hoch, und auch die Ergebnisse sind ungleich, je nach der Höhe der allgemeinen Kosten des Lebens und der Empfänglichkeit der Einwohner. Alles in allem kostet nach genauer Schätzung des Pastors Billy Sunday die Belehrung einer Seele 625 Dollar in Indianapolis, 545 in New York, 450 in Boston, 395 in Chicago, 30 in New Orleans, 75 in Atlanta. Nach einer beliebigen Nebenbauri des Herrn Pastors ist die New Yorker Seele eine harte Nuß, zu deren Anzuden scharfe Zähne gehören. Das nimmt bei dem modernen Wabel New York nicht Wunder, aber warum ist eine Belehrung in Indianapolis noch teurer? Den Grund dafür bleibt: Herr Billy Sunday einstweilen noch schuldig.

mit umfasst, hat auf seiner in Eisenach unter dem Vorsitz von Architekt Behrens - Hannover tagenden Generalversammlung einstimmig den Beitritt zur Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände beschlossen. Die Mitglieder dieses Verbandes beschäftigen rund 250 000 Arbeiter.

Ausland.

Agitation der italienischen Seeleute.

Rom, 23. März. In Neapel ist eine auf einen Meeres beschränkte Agitation der Seeleute ausgebrochen, die die Annahme des neuen Tarifvertrages zum Zweck hat. Das Personal des Dampfers „Cornigliano“, der am 21. abends nach Derna in See gehen sollte, meldete sich im letzten Augenblick krank. Der Dampfer ist daraufhin mit Personal der Kriegsmarine in See gegangen. Das Schiff sollte Soldaten und Kriegsmaterial nach Bengasi bringen. — Der „Tribuna“ zufolge haben alle Meeres, deren Schiffe auf nicht subventionierten Linien verkehren, die Abrüstung ihrer Flotte beschlossen, um den Forderungen des Personals nicht nachzugeben. Bis jetzt sind im Hafen von Neapel vier Dampfer abgerüstet worden.

Aus Industrie und Handel.

Die finnische Arbeiterschaft und die Getreidezölle.

Aus Helsinki wird uns geschrieben: Mitte März haben im ganzen Finnland zehntausende Massenversammlungen stattgefunden, um gegen die Pläne der russischen Schutzzöllner zu protestieren. Zur rechten Zeit, ohne Zweifel, denn vielleicht wird schon nach einigen Wochen die russische Duma ihren Beschluß gefaßt und der finnischen Arbeiterschaft eine bisher unbekannt, schwere Brotsteuer aufgelegt haben.

Seit einem halben Jahrhundert sind Getreidezölle etwas in Finnland Unbekanntes. Die kapitalistische Entwicklung, die sich schon um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts bei uns geltend machte, trug zu ihrer Abschaffung bei, und seitdem haben nur ein paar mal die einheimischen Agrarier schwache und erfolglose Versuche gemacht, um die Zölle wieder einzuführen. Während im östlichen Nachbarlande ein rasender Protektionismus auf allen Gebieten herrscht und auch im westlichen Nachbarlande die agrarischen Interessen diejenigen des arbeitenden Volkes in den Vordergrund drängen, hat sich die allgemeine Meinung in Finnland daran gewöhnt, daß wenigstens das Brot des armen Mannes immer billig ist und bleibt.

Jetzt soll das Brot um ein Viertel, vielleicht um ein Drittel verkleinert werden — und warum? Unter den russischen Agrariern weist man darauf hin, daß das russische Getreide, nachdem es den finnischen Markt beherrscht hat, immer mehr von ausländischem, besonders deutschem Getreide verdrängt worden ist. Das ist wahr. Und wahr ist auch, daß die deutschen Einfuhrzölle eine einigemmaßen dazu beigetragen haben. Aber die wesentlichste Ursache ist dennoch eine andere. Sie ist die außerordentliche Unfähigkeit der russischen Getreidehändler, sich moderne Methoden anzueignen und ihre Wirksamkeit vorteilhaft zu organisieren. So gar Amerikaner machen ohne Schwierigkeit Geschäfte auf Finnland — wie sollten sich da nicht diejenigen der russischen Geschäftsleute lohnen! Der russische Weizen z. B. wird ja überall als vorzüglich anerkannt.

Das Gedeihen der russischen Landwirtschaft erschweren die allgemeinen sozialen und politischen Zustände in dem großen Kaiserreich. Der Feudalismus verzögert die Entwicklung eines lebenskräftigen Kapitalismus, und dieser hat sich zum Teil im Schutz des Staates und kraft der Schutzzölle gleich einer Gewächshauspflanze entwickelt. Die Bauern und die Arbeiter leben in allzu elenden Verhältnissen, um den Produkten der Landwirtschaft und der Industrie ein genügendes Absatzgebiet bieten zu können. Aber das Gedeihen der arbeitenden Bevölkerung zu höherem Lebensstandard liegt keines-

wegs im Interesse der herrschenden Bürokratie. Für sie, wie für die russischen Getreidehändler ist also das bei weitem bequemste Mittel, dem finnischen Volke das russische Getreide mittels Zölle ganz einfach aufzuzwingen. — Zwar hatten die Getreidehändler auch andere Vorteile beansprucht, nämlich Exportprämien und Ermäßigung der Frachten. In diese Forderungen konnte die Regierung nicht einwilligen, weil das den Interessen der Staatskasse zu nahe getreten wäre. Aber sie hatte nichts dagegen, daß die finnische Arbeiterschaft durch Hungerzölle ausgedeutet würde, denn daraus entspringen ja auch für die Regierung unmittelbare Vorteile.

Deshalb hat also die Regierung der russischen Duma — nicht dem finnischen Landtage! — einen Gesetzentwurf unterbreitet, laut dessen dem vom Auslande (aber nicht dem von Rußland) nach Finnland importierten ungemahlten Getreide ein Zoll von 4,30 Fr. und dem Mehl ein Zoll von 6,50 Fr. pro 100 Kilo aufgelegt werden sollte. Dies vorläufig. Der Gesetzentwurf läßt ahnen, daß der Zoll später bis zum vollen Betrage der für Rußland geltenden Zölle erhöht werden soll.

Die Stellung der Arbeiterschaft zu der Zollfrage ist selbstverständlich. Mit Freude kann aber erwähnt werden, daß ein Teil auch der Bourgeoisie bereit zu sein scheint, gegen die Zölle Einspruch zu erheben. Die industriellen Interessen würden von den Zöllen direkt leiden, und ebenso diejenigen der überwiegenden Mehrzahl von den kleineren Grundbesitzern. Auch unter den größeren gibt es solche, die keineswegs unbedingte Verteidiger der Schutzzölle sind. Die finnische Landwirtschaft hat sich nämlich seit einigen Jahrzehnten immer mehr der Viehzucht zugewendet — der Butterexport ist bedeutend — und eine gezwungene Rückkehr zur Getreideproduktion könnte nicht ohne Unannehmlichkeiten vor sich gehen, besonders weil die Getreidezölle die finnische Landwirtschaft von den Preisen des russischen Getreides abhängig machen würden, und diese Preise infolge der häufigen Missernten in Rußland sehr wechselnd sind. Zwar haben einzelne Agrarier auch bei uns die Getreidezölle verteidigt, jedoch mit der Forderung, daß dieselben auch dem russischen Getreide aufgelegt werden müßten, weil sie sonst der finnischen Landwirtschaft keinen Nutzen bringen.

Es scheint also möglich, daß der finnische Landtag ungeachtet der Parteunterschiede einen Einspruch gegen die drohenden Brotzölle erheben wird, was die sozialdemokratische Fraktion vorge schlagen hat. Ohne Zweifel hat auch die entschiedene Haltung der Arbeiterschaft mächtig dazu beigetragen, daß sich die Stimmen der einheimischen Schutzzöllner nicht allzu laut gemacht haben.

Soziales.

36 Stunden Arbeitszeit.

In einer Klage vor der achten Kammer des Berliner Gewerbegerichts verlangte der Wächter G. von der Wäch- und Schliefgesellschaft Christ u. Co. die Herauszahlung der nach und nach einbehaltenen Kaution von 30 M. Es kam hierbei zur Sprache, daß der Kläger neben dem üblichen Nachdienst von Sonnabend abends 7 Uhr bis Montag früh 7 Uhr — ohne Pause — also volle 36 Stunden Dienst tun mußte. Hierfür erhielt er den horrenden Monatslohn von 60 M. Vom Gehalt war noch das Fahrgehalt und die Verpflegung des Wächters zu leisten. Der Vorsitzende, Magistratsrat Schulz, kennzeichnete dieses Dienstverhältnis als „unerhörte Ausbeutung“. In der Klage selbst, die mit dieser Ausbeutung nicht direkt im Zusammenhang stand, wurde ein Recht der Gesellschaft auf Einbehaltung von 5 M. anerkannt.

Die Krankenkassen und die bürgerlichen Parteien.

Seit Jahren wird der Sozialdemokratie zum Vorwurf gemacht, sie lasse sich in Fragen der Versicherungsgeetze und bei Krankenkassenwahlen nur von „politischen Erwägungen“ leiten. Das Partei-

interesse gehe ihr über alles. Gerade die bürgerlichen Parteien liefern jetzt den Beweis, daß für sie allein das politische Interesse maßgebend ist. In Königsberg i. Pr. sind Bestrebungen im Gange, eine Landkrankenliste zu gründen, nachdem mit Hilfe der „Herrenschaften“ und Dienstboten der „Drache Sozialismus in der Krankenkasse getötet“ ist. Doch gegen diesen Plan erheben sich Stimmen, die aus politischen Gründen warnen, eine Landkrankenliste zu errichten. So schreibt Rechtsanwalt Dr. Fride:

„Zu bekämpfen ist die Errichtung einer Landkrankenliste schließlich aber auch aus politischen Erwägungen. Gerade infolge der Zugehörigkeit der Dienstboten zu der Allgemeinen Ortskrankenliste steht jetzt bei zielbewusstem Zusammenarbeiten der Mitglieder aller bürgerlichen Parteien die begründete Aussicht, die Leitung der Kasse wieder in die Hände der bürgerlichen Parteien zu bringen. Diese Aussicht würde durch die Errichtung einer Landkrankenliste wieder zerstört werden.“

Und in der „Hortungischen Zeitung“ wird die Landkrankenliste aus folgenden Gründen bekämpft:

Der Ausschuß (der Landkrankenliste), der zu zwei Dritteln aus den Arbeitnehmern, also doch wohl aus Dienstmädchen zu bestehen hätte, könnte in dem Dienstmädchen leicht den Gedanken eines Interessengegensatzes zu den Dienstgebern wecken, und es wäre denkbar, daß diese Idee, je klarer sie sich herausgestaltet, zu einer Aufhebung des Bewußtseins von der häuslichen Gemeinschaft, von der Zusammengehörigkeit zwischen Herrschaft und Dienstboten, führen könnte. Ja, diese Möglichkeit, bis in ihre letzten Konsequenzen durchgedacht, könnte die auf dem Wege des Klassenwesens geschaffene Organisation des Dienstbotenstandes zu einer willkommenen Vorarbeit für die Zwecke der Sozialdemokratie werden. Die Sozialisierung des Dienstbotenstandes in einer Sonderklasse wäre die Vorstufe zu seiner Sozialdemokratisierung. Diese Gefahr besteht nun allerdings auch bei der Zugehörigkeit zur Allgemeinen Ortskrankenliste aber vielleicht doch nicht in dem Maße, wie bei einer isolierten Organisation des Standes.“

Das sind die „Erwägungen“, von denen sich die bürgerlichen Seiten lassen. Nicht das Wohl der Versicherten ist für sie maßgebend, sondern das Wohl der bürgerlichen Parteien ist ausschlaggebend.

Ueber 40 Jahre alte Arbeiter werden nicht eingestellt.

Die Firma Schichau-Elbing, die Jahr für Jahr eine Reihe Arbeiten für das Reich und den Staat ausführt, schrieb einem Hilfsarbeiter Schloffer, der sich um eine Stelle beworben hatte:

F. Schichau.
Eisen- und Stahlgießerei, Maschinen- und Lokomotivfabrik. Schiffswerft.
Elbing, den 17. März 1914.

An den Schloffer . . . d. R. wird Ihnen die Mitteilung, wenn Sie eine ordnungsgemäße Lehrzeit durchgemacht haben, Ihre Papiere in Ordnung, und der hiesige Krankenlasterarzt Sie für gesund befindet, Ihre Einstellung in meiner Lokomotivfabrik hier erfolgen kann. Ferner ist Bedingung, daß Sie nicht über 40 Jahre alt sind.

Gezeichnet: F. Schichau.
Das ist die „gesicherte Existenz der Arbeiter bis ins hohe Alter“.

Briefkasten der Expedition.

Korrekturen in Berlin, Bonn und anderen Heilstätten. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen ihrem bisherigen Expediteur wegen der Ueberweisung von Preisexemplaren sofort ihre Adresse einreichen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Wieviele!

dachten Sie für Ihre Frühjahrs-Garderobe anzulegen?

Einerlei, ob viel, obwenig. Sie finden bei uns zu jeder Ihnen genehmen Preislage eine umfassende Auswahl.

Und es ist unsere Spezialität, gerade bei den billigen und billigsten Preislagen Ihnen all das an moderner u. eleganter Aufmachung zu bieten, was die teuren Sachen anderer Geschäfte so begehrenswert macht.

Vergleichen Sie unsere Preise!

C & A
BRENNINKMEYER G.M.B.H.

Königstr. 33

Am Bahnhof Alexander-Platz

Chausseestr. 113

Beim Stettiner Bahnhof

Sonntags geschlossen



Drei schöne Tunika-Fassons

Wenn Sie ein wahrhaft elegantes Kostüm wünschen, — hier ist es! Aus der schönsten neuen Gabeline-Ware tadelloß verarbeitet und stilvoll garniert. Auf Seide
42.50

Ein typisches Trotteur-Kostüm. Aus vorzügl. Cotelé mit dem ganz neuen Halbkimono-Aermel. Mod. Blusenfassung und elegant. Seldengürtel und Schleife. Auf Seide
32.50

Ein modernes, aus gutem Cotelé geschmackvollverarbeitetes Kostüm. Reizend aparte Fasson. Dass wir es trotzdem zu diesem äusserst billigen Preis bringen, ist unser Stolz
26.75

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, den 26. März 1914.
Anfang 5 Uhr.

Passage-Theater. Kino-Varieté.
Anfang 6 Uhr.

Palast-Theater. Spezialitäten.
Anfang 6 1/2 Uhr.

Eines Nollendorf-Theater-Varieté.
Lichtspiele.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Pizarro Hochzeit.

Kgl. Schauspielhaus. Die Venus mit dem Papagei.

Königgrätzer Straße. König Richard III.

Deutsches. Was ihr wollt.

Kirchhof-Bühne. Galanorstellung.

Kirchhof-Schumann. Galanorstellung.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Metropol. Die Reise um die Welt in 40 Tagen.
Anfang 8 Uhr.

Urania. Hochspannung.

Ordnung: Dr. A. Biotrowski: Erscheinungen des Seelenlebens: Psychische Gemeinschaften.

Deutsches Opernhaus. Das Rheingold.

Sekus. Simson.

Deutsches Künstler-Theater. Der Raub der Sabinerinnen.

Kammerstücke. Der Sobch. Kleines. Zeitliches Gebert.

Theater an der Weidenammerbrücke. Die müde Theodor.

Trianon. Er und der Andere.

Komödienhaus. Kammermusik.

Theater am Nollendorfplatz. Russisches Ballett.

Schiller-Theater. Die spanische Fliege.

Schiller O. Die Raschensbauer.

Schiller Charlottenburg. Die beiden Leonoren.

Theater des Westens. Polenblut.

Montis Operetten. Jung-England.

Berliner. Die einst im Mai.

Reichens. Der Regimentspapa.

Zwaira. Geschlossen.

Friedrich-Wilhelmstädtisches. Fräulein Trullala.

Reise. Die Königin der Detektive.

Kassino. Die alle Bedern.

Herrnsfeld. Die von oben und unten.

Reichshallen. Steintiner Sänger.

Wintergarten. Spezialitäten.

Apollo. Der Stolz der 3 Kompanie.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Suisen. Unser Junge.

Walhalla. Tangofieber.

Tolies Caprice. Café Ringheim.

Der Heiratsskandal. Reparaturs.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volks-Theater. Frau Warrens Gewerbe.
Anfang 9 Uhr.

Admiralpalast. Die lustige Guppe.

Berliner Eispalast. Im Krug zum grünen Kranz.

Eines Nollendorf-Theater-Varieté. Lichtspiele.

Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Schiller-Theater O. Berliner-Theater.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Maschinenbauer.

Freitag, abends 8 Uhr: Wann wir altern. Hierauf: Liebe. Nachher: Lotichens Geburtstag.

Sonabend, abends 8 Uhr: Die Maschinenbauer.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Die beiden Leonoren.

Freitag, abends 8 Uhr: Das große Licht.

Sonabend, nachmittags 3 Uhr: Wilhelm Tell.

Sonabend, abends 8 Uhr: Wann wir altern. Hierauf: Liebe. Nachher: Lotichens Geburtstag.

Theater in der Königgrätzer Straße.

7 1/2 Uhr: König Richard III.

Komödienhaus. 8 Uhr: „Kammermusik“.

Berliner Theater. 8 Uhr: Wie einst im Mai.

Theater des Westens. 8 Uhr: Polenblut.

Sonnt.nachm. 3 1/2: Der liebe Augustin.

Deutsches Künstlertheater Sozietät.

Nürnberg. Straße 70/71, am Zoo. Kasse: Nollendorf 1393.

Abends 8 Uhr: Der Raub der Sabinerinnen.

Freitag 8 Uhr: Schirin u. Gertraude.

Residenz-Theater 8 Uhr: Der Regimentspapa.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Sonabend, den 28. März, im Konzertsaal der Brauerei Friedrichshain (Am Königstor)

25. Stiftungs-Fest

Mitwirkende: Die Thiloschen Chöre, 300 Säng. (Dirigent Emil Thilo): Gesangverein „Namenlos“, „Männerchor Ost“, „Sängerchor Wedding“, Konzertsängerin Frau Hertha Geipelt (Sopran), am Flügel Emil Thilo. Das Berl. Konzerthaus-Orchester (40 Musiker), Dirigent Franz v. Blon. — Festrede.

Konzertbeginn pünktlich abends 8 Uhr. Eintrittskarte 30 Pfennig. Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Eintrittskarten a 30 Pf. sind noch im Wahlvereinsbureau Gerichtstraße 71 zu haben. Der Bildungsausschuß.

Friedr.-Wilhelmst. Theater. Anfang 8 Uhr. Fräulein Trullala. Sonnt. nachm. 3 Uhr: Die Kino-Königin.

Vereinigte Berliner Volksbühnen. Luisen-Theater. Täglich 8 1/2 Uhr: Unser Jugend. Volkshaus mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Hans Hiltner. Walhalla-Theater. Täglich 8 1/2 Uhr: Tangofieber. Or. Bojse m. Ges. u. Tanz in 3 Akten von E. Urban. Russt. a. Hugo Firsch.

ROSE-THEATER Große Frankfurter Str. 132. Die Königin der Detektive. Roman. Detektivkomödie in 3 Akten von L. Albert. Anfang 8 Uhr. Freitag: Die Königin der Detektive.

„Clou“ Berliner Konzerthaus. Mauerstraße 92 — Zimmerstraße 90/91. Großes Doppel-Konzert! Berliner Konzerthaus-Orchester. Dirigent: Franz v. Blon. Musik. Kaiser-Alexander-Garde-Gren.-Regts. Dirig. Kgl. Musikdir. Brass. Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr. An allen Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt.

Trianon-Theater. Täglich abends 8 Uhr: Er und der Andere. Sonntags 3 Uhr: Die Liebe wacht.

Kartell der Freien Volksbühnen.

Sonntag, 29. März, abds. 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus (großer Saal):

Einführungs-Vortrag

Herr Dr. Heuß-Leipzig über:

Die Matthäus-Passion.

Eintrittspreis pro Person 10 Pf.

Drittes Chor-Konzert

Kartelltag, den 10. April, 7 Uhr, in der Neuen Welt.

Matthäus-Passion

von Johann Sebastian Bach.

Berliner Volksschor, Blüthner-Orchester Soli, Orgel, Kinderchor. Dir. Dr. Ernst Zander.

Solisten: Sopran: Lucie Haensch Alt: Paula Weinbaum Tenor: Paul Bauer Baß: Werner Engel Baß: Emil Severin

Einlaßkarten a 75 Pf. sind in allen Zahlstellen (an der Abendkasse 1 M.) erhältlich. Einführungshefte mit Text und erläuterndem Aufsatz sind am Eingang der Säle am Sonntag und Kartelltag zu haben.

Extra-Vorstellungen: Lessing-Theater: 12. April, nachmittags 3 Uhr: Professor Bernhardt. Herrnsfeld-Theater: 13. April, nachmittags 3 Uhr: Hinterm Zaun.

Anfang 3 Uhr. Gastkarten a 1,10 M. in den 8 bekannten Zahlstellen. Nichtmitglieder 25 Pf. mehr.

TYPOGRAPHIA

Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgießer gegr. 1819. Vorsitzender: Alexander Weidmann. M.A.S.

Sonntag, den 5. April 1914 (Palmsonntag), im Festsaal der „Neuen Welt“, Hasenheide

KONZERT

Mitwirkende: Adelheide Plekert, Sopran (Mitglied der ehem. Komischen Oper zu Berlin) Prof. Oscar Schubert, Kgl. Kammervirtuos (Klarinette) Carl Rausch, Klarinette Gottfried Schreiber, Oboe Theodor Menge, Oboe Thilo Heuck, Horn Joseph Sprenger, Horn Heinrich Lange, Fagott Georg Strehle, Fagott Königl. Kammermusiker

Anfang 6 1/2 Uhr. Eintritt 60 Pf. Kinder 20 Pf. Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt!

Eintrittskarten à 50 Pf. sind zu haben in den Zahlstellen des Vereins: Zigarrengeschäften von G. Schulz, Kottbuser Tor, P. Horsch, Engelauer 15; R. Lehmann, Mittenwalder Str. 2; K. Schmier, Bergmannstr. 59; W. Seidel, Schenkendorferstr., Ecke Arndtstr.; M. Giffert, Yorckstr. 40; K. Bielefeld, Graefestr. 35; G. Kuhring, Jahnstr. 1; M. Kämmerer, Elisabethufer 37; B. Böttger, Zossener Str. 30 und Skalitzer Straße 107; H. Köppe, Tilsiter Str. 45. Neukölln: A. Abraham, Donaustr. 25; P. Opitz, Pfänderstraße 74; A. Rietdorf, Pannierstraße 40; Schöneberg: Ziem, am Ringbahnhof; Charlottenburg: F. Meyer, Hardenbergstr. 15, Ecke Fasanenstr.; Bandagisten-Genossenschaft, Köpenicker Str. 98b; im Tagesrestaurant der „Neuen Welt“, sowie in den mit Plakaten belegten Handlungen. 58/15

Theater am Nollendorfplatz 5. 8 Uhr: Russisches Ballett. Scheherazade, Karneval, Geist der Rose, Polowetzer Tänze.

Theater a. d. Weidenammerbrücke 8 Uhr: Der müde Theodor.

Zirkus Alb. Schumann.

Heute Donnerstag, d. 26. März, abends 9 1/2 Uhr: Zum ersten Male in Berlin! Intern. Ringer-Wettstreit (Catch as catch can) Alle Griffe erlaubt! Es ringen heute folg. Paare: 1. Taro Miako gegen Carpiol (Japan) (Italien) 2. Chevalier gegen Jussuf (Frankreich) (Türkei) 3. Jimmy Essom geg. Jarossinsky (England) (Galizien) 4. Tripelt gegen Van Riel (Oesterreich) (Holland) Vorher von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr: „Tipp“ der Derby-Favorit 1914. Von 8 1/2 bis 9 1/2 Uhr: Große Sportvorstellung

Zirkus Busch.

Heute Donnerstag, den 26. März, abends 7 1/2 Uhr. Große Wohltätigkeits-Vorst. zum Besten des Vereins Unterstütz. für hilfsbedürftige Wöchnerinnen und deren Säuglinge, hier, Blumenstr. 97. Auftr. der gesamten März-Attrakt. II. a.: Mad. Garnier mit ihrem Sprung aus der Zirkuskuppel mit dem Fahrrad. Zum Schluss: „Pompeji“. Orig. Ausstattung-Genossenschaft d. Julius Busch in 5 glänzend. Akt.

Berlin-Neukölln an der Weser-Ecke Rüttelstraße

gegenüber der Jansstraße. — Nur kurze Zeit —

Zirkus Barum-Schau.

Täglich abends 8 1/2 Uhr: Das wunderbare Programm mit 28 Welt-Attraktionen, wie sie die Welt in solcher, jeder Konkurrenz die Spitze bietenden Zusammenstell. noch nie gesehen hat. Täglich ab vorm. 11 Uhr: Oeffentliche Tierschau verbunden mit großem Promenadenkonzert der eigenen Hauskapelle. Alleineriger Billettverkauf im Zigarrenhaus Richter u. Franke am Hermannplatz und an der Zirkuskasse ab vormittags 11 Uhr.

Charlottenburger Festsäle.

Charlottenb., Kaiser-Friedrich-Str. 24. Heute Großer Ball. In beiden Sälen: Anfang 8 Uhr. 2 Kapellen. Eintritt und Tanz frei. 44/10

URANIA Taubenstr. 45/46.

8 Uhr:
Dir. A. Fürst:
Hochspannung.
Hörsaal 8 Uhr:
Dr. A. Piotrowski: Erscheinungen des Seelenlebens: Psychische Gemeinschaften.



Letzte Vorstellungen!
Olga Desmond
mit einer Anlesse
hervorragender Kunstkräfte!
— Rauchen gestattet! —

Apollo-Theater.
Tel.: Lützow 2757.
8 Uhr. Sum 99. Rate: 8 Uhr.
Der Stolz d. 3. Kompagnie
mit
Hartstein.
Sachen ohne Pause!
Rauchen gestattet!

Passage-Panoptikum.
Der englische
Riese
Teddy Bobs.
Der größte Mensch, der je gelebt! 160 mm größer als Machnow! 19 Jahre alt.
Ohne Extra-Entree!

Metropol-Theater.
Abends prägnant 7 Uhr 55:
Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.

Casino-Theater
Leibnizstr. 87. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis Mittwoch, den 8. April:
Die olle Webern.
Vorher ein erschlagener dunter Zell
Sonntag, 12. April, Ostern, 1. Male:
Wo die Rieche hinfallt.
Sonntag 4 Uhr: **Mutterliebe.**

Berliner Prater-Theater
Rastanienallee 7-9.
Donnerstag, den 26. März 1914:
Gastspiel des Boigt-Theaters.
Im Kampf des Lebens.
Romödie in 3 Akten v. Oskar Wilder.
Aufführung 7 Uhr, Anf. 8 1/2 Uhr.

Folies Caprice.
8 1/4 { Café Pingsheim
Der Heiratgraf
Keyerstein

Admiralspalast.
Eis-Arena.
Täglich:
Die lustige Puppe.
Großes Ballett auf dem Eis.
Bis 6 Uhr und vor 10 1/2 Uhr
ab halbe Kassenpreise.
Wein- u. Bier-Abteilung.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Unsere süßen
Dienstmädch.
Dorfleite v. Meyfel
Anfang 8 Uhr.
Michael
Sonntag, nachm.
3 Uhr:
Stückes Pfingstfahrt.

Reuters Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Spezialarzt
1. Haut-, Gorn-, Frauenleiden,
neuz. Schwäche, Weintraube jeder
Art, Ehrlich Data - Sturen in
u. Co. fona,
Laborat. |
Blut-
untersuchung, Fäden i. Gorn ulm.
gegenüber
Dr. Homeyer
Friedrichstr. 81, Panoptikum
Bor. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Freireligiöse Gemeinde

□ □ **Jugendweihe** □ □

der Kinder von Mitgliedern der freireligiösen Gemeinde.
Am Sonntag, den 29. März, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Kl. Hasonheide 18/15.
Festrede von Herrn Anton Fischer: „Die neue Welt.“
Festvorträge a. d. Orgel mit Violin- u. Cellobegleitung. Eintrittspreis: Erwachsene 20, Kinder 10 Pf.
Jeden Sonntag, vorm. 11 Uhr, in der Kl. Frankfurter Str. 6: Vortrag.
April 5. Harmonium: Volkslieder. Herr Dr. Hermann Hasse: Modernes Prophetentum.
12. (1. Osterfeiertag) Harmonium und Violine: Festvortrag. Festvortrag: Herr Dr. Bruno Wille.
19. Harmonium: Der Lindenbaum (Schubert). Herr Wilhelm Bölsche: Das Sterben der Arten und das Gespann der Degeneration.
26. Harmonium: Aus „Tannhäuser“ (Wagner). Herr Dr. Bruno Wille: Der falsche Schein. 54/6

Brauerei Friedrichshain

Montag, den 30. März, abends 8 Uhr:
Heitere Künstler-Soiree
Zum Benefiz des artist. Leiters der Künstler-Abende
Harry Senger und Lola Gray.
Mitwirkende: Allererste Kräfte hies. Bühnen.
U. a.: Lons Hansen, Hermann Feiner, Lutti Workmeister,
Holländer, Improvisator Adolf Wenter, Conferencier,
Oly Romann, Richard Wasink, Franz Meißner,
Forfalla, Fantasio-Tänzerin.
Entree 35 Pf.

Wo? Ist der schönste Ausflugsort?
Immer noch **Pichelswerder**,
an der neuen
Heerstraße beim **Alten Freund.**

Allgemeine Orts-Krankenkasse für Zehlendorf u. Umg. Bekanntmachung
betr.
Wahl zum Vorstand.

Seitens der Gruppe der Arbeit-
geber ist nur ein Wahlvorschlag, welcher
die Nr. 1 erhalten hat, in der zu-
läufigen Frist eingereicht worden. Es
gelten somit gemäß § 9 der Wahl-
ordnung die in diesem Wahlvorschlage
bezeichneten Personen ohne weiteres
als gewählte Vertreter. Nachstehend
wird hiermit der Wahlvorschlag ver-
öffentlicht.
1. Gemeindevorsteher a. D. Hr.
Schweiger;
2. Klempnermeister Robert
Nichter;
3. Buchdruckereibesitzer Albert
Fischer.
Seitens der Gruppe der Ver-
sicherten-Vertreter sind 18 gültige
Stimmen abgegeben worden. Von
diesen entfallen auf den Wahlvorschlag
Nr. 2, beginnend mit dem Namen
Oskar Sasse, endigend mit dem
Namen Robert Nischel, 8 Stimmen,
und auf den Wahlvorschlag Nr. 3,
beginnend mit dem Namen Otto
Rehberg und endigend mit dem
Namen Wilhelm Berger, 10 Stimmen.
Nach dem Verhältnis der Stimmen-
zahl entfallen auf jeden der beiden
Wahlvorschläge 3 Bewerber zum
Vorstand.

Es sind gewählt worden:
Som Wahlvorschlag 2
1. Feuerwehr-Feldwebel Oskar
Sasse;
2. Übergärtner Hermann Nischel;
3. Vorarbeiter Paul Freidant.
Som Wahlvorschlag 3
4. Müller Otto Rehberg;
5. Geschäftsführer Johann
Kretzer;
6. Waghäuser Rudolf Henzen.
Einsprüche gegen die Gültigkeit der
Wahl sind innerhalb 2 Wochen nach
Bekanntgabe bei dem Kassenvorstand
oder dem königlichen Versicherungs-
amt des Kreises Teltow einzureichen.
Zehlendorf, den 21. März 1914.
Der Vorstand. 270/18
H. Schweiger. G. Reibe.

Arbeiter-
Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pf.

Café Meyer
Dresdener Str. 128/129.
Kaffee 10 u. 15, Bier, Weiß u. dunkl. 10 Pf.
ca. 50 Zeitungen; Billard 20 Pf. 60 Pf.
Zahlstelle der Freien Volksbühne.

Gardinen-
Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S., Oranienstr. 158.
Wunderbare Neuheiten,
Gardinen, Stores, Vitrages, Tüll-
bettsdecken etc. in allen Stilart.
Abge- Dekorationen
paSte mit Querbehang.
Allovernetttüll, Fenster 5,75
Etamin (buntfarb.) „ 6,75
1 Posten reich-
gestickter **Erbstüll-**
Bettdecken mit Volant
à 285 435 (bisher
5 bis 7 M.).
Erbstüll-Store mit Volant
à 335 475 (bisher
5 bis 8 M.).
Spezial-Katalog
650 Abbildungen gratis u. franko.
Frankoversand ^{aller} Waren v. 20 M. an

Billige Möbel

Einzelne Schränke	von 39 M. an	Wochenrate schon von 1 Mark an
Einzelne Bettstellen	von 16 M an	
Einzelne Sofas	von 42 M. an	
Einzelne Matratzen	von 15 M. an	
Einzelne Spiegel	von 11 M an	
Einzelne Büfette	von 95 M. an	
Einzelne Schreibtische	von 58 M an	
Einzelne Vertikos	von 37 M. an	

und
auf Kredit

Versand auch nach auswärts

Ausschneiden
und
mitbringen
Wert
5 Mark



Ausschneiden
und
mitbringen
Wert
10 Mark

zum Umzug

Nunmehr Vereinigte 3 Kredithäuser

Beamten
ohne An-
zahlung

Gebrüder Lieber
Alexanderstrasse
16
* Minute vom Bahnhof
Jannowitzbrücke.

M. Glogau
Alte Jakobstrasse
73
Ecke Dresdener Strasse

N. Tannenzapf
Nchl., Blumenstr.
2
Ecke Wallner-
Theater-Str.



Einer dieser Krane beförderte eine große Last Blech. Als er diese abladen wollte, gab absiehend die Schiffe nach, so daß die Last herunterfiel und die untenstehenden Arbeiter Labitzke und Lind, beide aus Berlin, verletzte. Zum Glück standen auf dem Erdboden allerlei Materialkisten, so daß die Macht des Sturzes erheblich gemildert wurde. Trotzdem erlitt Labitzke schwere Verletzungen am Kopf, während Lind an beiden Händen verletzt wurde. Mittels Lastautomobil wurden die Verletzten nach dem Reinickendorfer Krankenhaus gebracht.

Wie uns weiter berichtet wird, ereignete sich erst kürzlich ein schwerer Unfall. Ein Elektromonteur, der allein in der Nacht die Aufsicht über den Betrieb hatte, wurde noch mit Arbeiten an der Schalttafel für Licht und Hochspannung beschäftigt. Durch einen unglücklichen Zufall kam er der Leitung zu nahe und verbrannte im Gesicht, an der Brust und an beiden Armen schwer. Der Unglücksfall trat sich des Nachts um 12 Uhr zu. Bis 6 Uhr früh mußte der Verunglückte liegen bleiben. Erst nachdem das Krankenautomobil von der Brunnenstraße gekommen war, konnte er einem Krankenhausteugeführt werden. — Daß es die Direktion eines so großen Betriebes noch nicht für nötig gehalten hat, einen Krankenwagen für etwaige Unglücksfälle im Werk bereitzustellen, ist sehr zu verwundern.

Warnung vor Kohlenstwindlern!

Kohlenstwindler treiben wieder in Berlin und Vororten ihr Unwesen. Es sind in der Regel drei Mann, die sich ihre Opfer vornehmlich unter der Arbeiterklasse suchen. Einer von ihnen spricht in den Abendstunden in den Wohnungen vor und bietet einige Kisten Prekohl (das Hundert zu 95 Pf.) zum Verkauf an. Der sich herbeiläßt, auf das Geschäft einzugehen, sich mehrere Hundert Weiketts bringen läßt, sie aber, auf die Ehrlichkeit der Menschen bauend, nicht durchzählt, der wird, nachdem sich die schwarzen Gesellen entfernt haben, sehr bald die Wahrnehmung machen, daß er betrogen ist: die künstlich erworbene Anzahl ist nicht vorhanden. Uns wird mitgeteilt, daß bei größeren Posten auf die Weise schon hunderte Weiketts gefehlt haben. — Leuten, die man persönlich nicht kennt und die in spätere Abendstunden Kohlen zum Verkauf anbieten, sollte aus diesen Gründen von vornherein mit Mißtrauen entgegengetreten werden. Auf alle Fälle aber ist dringend notwendig, die Kohlen vor der Zahlung des geforderten Preises genau durchzuzählen. Diese Kohlenstwindler scheuen sich nicht, auch arme Arbeiter mit ihren Betrügereien heimzusuchen, was um so verwerflicher ist. Vielleicht gelingt es durch diesen Hinweis, den gewissenlosen Burschen das unglückliche Handwerk zu legen.

Eine Agitationsversammlung für das Frauenturnen

findet heute, Donnerstag, in den Industrie-Festhallen, Weuthstr. 20, statt, in der über die Drangsalierungspolitik gegen den Arbeiter-Turnerbund und den Turnverein „Richte“ und über das Turnen der Frau und seine Bedeutung für das Volkswohl referiert werden wird.

Die Gemeindegewahlbewegung.

Auf einen Schelmen jezt anderthalben, so dachten unsere Genossen in Wirkenwerder am letzten Sonntag bei der Wahl.

Für unseren Genossen Pieper (Nichtangehänger) mußte ein Angehänger gewählt werden. Der Vertreter Wartenberg, dessen Mandat bis 1918 läuft, ist über Nacht Nichtangehänger geworden und hat, deshalb den Antrag auf Niederlegung seines Mandats gestellt.

Der Herr Gemeindevorsteher hatte ihn wieder breit geschlagen er glaube jetzt den einzigen Genossen als Nichtangehänger aus der Vertretung hinauszubügeln zu können, da ja ein Angehänger gewählt werden mußte. Er wußte, daß wir keinen Angehänger haben und nun hoffte er, an seinem Ziel zu sein. Es kam aber anders. Genosse Pieper wurde nun als Protestkandidat aufgestellt.

Unsere Genossen besetzten das Wahlbureau und lehten sämtliche unbegleiteten 81 Wähler ab. Die Gesichter wurden lang und länger, und ihr Geschrei ward' bang und hänger. Denn dadurch erhielt die Partei des Gemeindevorstehers nur 36, die vereinigten Grundbesitzer 48 und unsere Genossen die Majorität mit 91 Stimmen. Ist auch die Wahl ungültig, so haben unsere Genossen doch erreicht, daß ihr Kandidat bis zur Neuwahl in der Vertretung verbleibt.

Kantwid. Die am Dienstag stattgehabte Wahl zweier Gemeindevorordneten der dritten Wählerklasse hat kein endgültiges Ergebnis gebracht. Es erhielten Stimmen die beiden sozialdemokratischen Kandidaten Radeke 355 und Lange 352, die Kandidaten der Gemeindevorsteherklasse Marchand 338 und Steed 327, die Kandidaten der bürgerlichen Opposition Ulrich 330 und Wulff 290. Es hat also Stichwahl stattgefunden zwischen den vier genannten Kandidaten. Der Ausgang dieser Wahl ist eine große Niederlage für den Gemeindevorsteher. Der Wahl war ein heftiger Kampf vorausgegangen, in dem die Politik unseres Gemeindevorstehers und insbesondere auch sein selbstherrliches Wesen einer scharfen Kritik unterzogen war. Wie der Wahlkampf zeigt, haben sich zwei Drittel der Gemeindegewählter dritten Klasse gegen den Gemeindevorsteher entschieden; und selbst wenn er die erste und zweite Wählerklasse ganz hinter sich hätte — was aber nicht der Fall ist — so würde immer noch die Mehrheit aller Wähler gegen ihn sein. Sieht man das Wahlergebnis vom Dienstag genau an, so müßte man eigentlich meinen, daß dem Herrn Gemeindevorsteher die Sache doch zu denken geben, wie sich die Wählerzahl seiner Kandidaten Marchand und Steed zusammensetzt. Der Gemeindegewählter Wein hatte eine planmäßige Rettungsaktion für den Gemeindevorsteher veranstaltet, indem er sich nicht weniger als 32 Stimmen dritter Klasse von Grundstücksbesitzern und Grundstücksbesitzerinnen verschafft hatte. Damit die Öffentlichkeit auch erfährt, in welcher Weise der Generalkonvent und Gemeindegewählter Wein hierbei verfahren ist, sei nachfolgender Brief abgedruckt, den er verschickt hat:

„Es würde mir ein Vergnügen sein, Ihr Stimmrecht für Sie auszuüben, wie ich auch sonst Ihnen gern zur Verfügung stehe, falls Ihnen einmal eine Vermittlung bei der Gemeindebehörde erwünscht sein sollte.“

So kam Herr Schöffe Wein, der selbst Wähler erster Klasse ist, zu 32 Stimmen dritter Klasse, die er nun nicht etwa, wie es seine Zeit erlaubt hätte, während der stillen Wahlzeit abgab, sondern vielmehr erst in den späteren Stunden, als die Arbeiter und Angestellten zur Wahl kamen. Da für jede dieser 32 Stimmen die Vollmacht nachzuprüfen war, so wurde auf diese Weise das Wahlgeschäft während eines starken Andranges der Wähler aufgehalten. Wie weit doch bei gebildeten Leuten die Rücksichtslosigkeit gehen kann! Wäre Herr Schöffe Wein in der Sammlung solcher Wählerstimmen nicht so fleißig gewesen, so würden die Gemeindevorsteherkandidaten überhaupt nicht in die Stichwahl gekommen sein. Die Kandidaten Marchand und Steed verstanden außerdem ihre Stimmzahl zu einem guten Teil den schlecht bezahlten Gemeindegewähltern, die wie auf Kommando am Wahltisch erschienen und Mann für Mann ihre Stimme für die Gemeindevorsteherkandidaten abgaben. Viele andere Beamte, die nicht unter dem direkten Einfluß des Gemeindevorstehers stehen, wie Post-, Bahn-

und sonstige Staatsbeamte haben für die bürgerliche Opposition gestimmt.

Wenn auch die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen gegen die frühere Wahl nicht gewachsen ist, was bei der veränderten Struktur unserer Gemeinde erklärlich erscheint, so ergibt sich doch aus der viel stärkeren Wahlbeteiligung, die der bürgerlichen Opposition zugute kam, wie groß die Erbitterung gegen den Gemeindevorsteher ist. Nun wieder gearbeitet für die Stichwahl!

Wahrschöffe. Die Wahlen zur Gemeindevertretung in der dritten Abteilung sind hier unter besonderen Umständen erledigt worden. Die bürgerliche Mehrheit hatte es abgelehnt, die von unseren Genossen beantragten amtlichen Wahllegitimationen den Wählern zuzustellen. Daraufhin beschloß der Wahlverein in einer außerordentlichen Generalversammlung, nicht, wie es sonst geschieht, die Nummern, unter denen der Wähler in der Liste eingetragen ist, auf der Wahlaufforderung zu vermerken. Eine glatte Durchführung der Wahl wäre nicht möglich gewesen und so mußte sich der Wahlvorsteher, der von obigem Beschluß Kenntnis erhalten hatte, nach einem Ausweichmittel umsehen. Es wurden zwei Beamte beordert, im Wahllokal den Wählern Auskunft zu erteilen, unter welcher Nummer die letzteren in der Liste eingetragen sind; also das, was man unseren Genossen in der Gemeindevertretung abgelehnt hatte, wurde jetzt, wenn auch in abgeänderter Form, doch eingeführt. Die Abfertigung vollzog sich unter so erschwerten Umständen, daß es den Wählern nicht zugemutet werden kann, noch einmal derartige Wahlen mitzumachen. Dem die Wahl leitenden Schöffen wurden denn auch wiederholt nicht gerade Schmeicheleien gesagt als belohnt wurde, daß auch er einer derjenigen war, die gegen die amtlichen Legitimationen gestimmt haben. Nicht nur, daß ein geradezu fürchterliches Gedränge entstand und der ganze Wahlvorstand verschiedentlich in Gefahr war, hauptsächlich an die Wand gedrückt zu werden, sind auch Unregelmäßigkeiten zu verzeichnen gewesen. Aber auch dadurch, daß die Wahlabfertigung nur langsam vor sich ging, sind Wähler, die nicht Zeit hatten stundenlang zu warten, um ihr Wahlrecht gekommen. Es wurden circa 70 Wähler gezählt, welche, ohne gewählt zu haben, das Wahllokal verlassen mußten. Die Wahlbeteiligung im allgemeinen war nicht groß, von 1892 eingeschriebenen Wählern wählten 757. Gegenkandidaten waren nicht aufgestellt. Es erhielten der Genosse Emil Klotz 755 Stimmen und der Genosse Georg Müller 753 Stimmen.

Niederlehme. Ein unerhörter Terrorismus einzelner Firmen auf die von ihnen beschäftigten Arbeiter ermöglichte bei der letzten Gemeindegewahl in der dritten Abteilung das Resultat, daß der Kandidat unserer Partei, der Genosse Rörtschel, mit 67 gegen 127 Stimmen dem Gegner unterlag. Die Skrupellosheit der Wahlbeeinflussung der Gegner veranlaßte unsere Genossen gegen die Wahl Einspruch zu erheben. Besondere Leistungen auf dem Gebiete systematischer Beeinflussung der Wähler zugunsten des Kandidaten der Werkverwaltungen leisteten einige Meister der in Niederlehme anliegenden Betriebe. Sie ließen „ihre“ Arbeiter antreten und gaben vielen Anweisung, wen sie zu wählen haben. Ein Inspektor der Firma Tabbert äußerte zu den in der sogenannten Kaserne wohnenden Arbeitern, daß sie zur Wahl gehen müßten. Der Rörtschel wählt, kann sich bei ihm Arbeit holen. Das wurde von den Arbeitern so aufgefaßt, wer dem sozialdemokratischen Kandidaten seine Stimme gibt, wird entlassen. Tatsächlich sind auch Arbeiter, die wagten, ihre Staatsbürgerrechte so auszuüben, wie es ihrer Ueberzeugung entspricht, entlassen worden. Auch das Verhalten des Wahlvorstandes gab Veranlassung, gegen die Wahl Einspruch zu erheben. § 61 der L.-G.-D. bestimmt, daß jeder Wähler dem Wahlvorstande zu Protokoll zu erklären hat, wenn er seine Stimme geben will. Es ist aber vielfach vorgekommen, daß Wähler gar nicht an den Wahltisch traten, sondern aus der Mitte der Wähler den Namen des Kandidaten nannten. Der Name des Kandidaten wurde häufig falsch genannt, aber richtig protokolliert, während nach den Entscheidungen des D.-V.-G. stets der ausgesprochene Name maßgebend ist. Der dem Wahlvorstand genehme Kandidat wurde auf Grund der vordem geschilderten Vorgänge für gewählt erklärt. Die abhängigen Wähler fürchteten um ihre Existenz und wagten nicht, gegen den Willen der Unternehmer von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Senzig. Einen ersten Sieg errangen unsere Genossen bei der Gemeindegewahl der III. Abteilung in Senzig am Montag, den 23. März. Genosse Richard Holzmann erhielt 42 Stimmen; auf den gegnerischen Kandidaten entfielen nur 5 Stimmen.

Vorortnachrichten.

Charlottenburg.

Die Einrichtung der Schulfürsorge hat die Stadt Charlottenburg geschaffen. Die steigende Inanspruchnahme der städtischen Wohlfahrtsvereine machte die Verrückung von Schulfürsorge erforderlich. Die Schulfürsorge untersteht der Schulverwaltung und bei Ausübung ihrer Tätigkeit den Rektoren der betreffenden Schulen. Ihre Hauptaufgabe ist nach der Dienstausweisung die Vorbereitung und Ausführung der Schulfürsorge. Grundfähig ist da einzugreifen, wo schulpflichtige Kinder infolge der Arbeitsverhältnisse, Krankheit oder Bedürftigkeit der Eltern, insbesondere der Mütter, nicht ihre genügenden Mahlzeiten erhalten. Die Schulfürsorge sollen Hand in Hand arbeiten mit den Schulärzten und den Organen der öffentlichen und privaten Wohltätigkeit. Ihnen liegt die Prüfung der häuslichen Verhältnisse von Unterstützten ob, nicht allein im Falle des Eintritts oder der Einstellung der Schulfürsorge, sondern auch fortlaufend, zumal bei verwahten Kindern. Eine besondere Aufgabe ist die, säumige Mütter zu ihren Pflichten zurückzuführen. Zu den Konferenzen der Schulfürsorge, die alle 14 Tage stattfinden, sind stets die beteiligten Rektoren und Klassenlehrer zu laden.

Friedrichshagen.

Mit der Staatsberatung beschäftigte sich die letzte Gemeindevorsteherung. Der Voranschlag schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 1 237 000 M. gegen 1 170 100 M. im Vorjahr. In der Generaldebatte wies der Bürgermeister Dr. Stiller auf die schlechte Finanzlage des Ortes hin. Durch die wirtschaftliche Krise hat die Einkommensteuer circa 15 000 M. weniger eingebracht. Die Staatskommission schlägt deshalb eine Erhöhung von 135 auf 145 Prozent vor. Außerdem soll das Wassergeld von 25 auf 30 Pf. pro Kubikmeter erhöht werden. Auch ist die Erhöhung der Hundesteuer von 20 auf 30 M. in Aussicht genommen. Zur Frage der Grundstücksverkäufe wies der Bürgermeister darauf hin, daß diese unbedingt erforderlich waren, da Friedrichshagen so gut wie gar keinen Grundbesitz habe und man doch nicht warten könne, bis unbedingt die Grundstücke gebraucht werden, um dann später ganz unerschwingliche Preise dafür zu zahlen. Er ersuchte deshalb, den Etat in der vorgeschlagenen Fassung anzunehmen. Genosse Barth trat ebenfalls für die Erhöhung der Steuersätze ein. Die einzelnen Positionen seien im Etat schon so niedrig angelegt, daß an diesen absolut nichts zu streichen sei. Einige bürgerliche Vertreter bemühten sich, nachzuweisen, daß von einer Steuererhöhung unbedingt abgesehen werden müsse, weil sonst der Zugang nach Friedrichshagen noch geringer sein würde. In der nun folgenden Spezialdebatte wurde zunächst der Etat der Wasserwerkverwaltungen erledigt. Er schließt ab mit 84 750 M. in Einnahme und Ausgabe. Die Kommission schlägt vor, den Wasserpreis von 25 auf 30 Pf. zu erhöhen, wodurch eine Mehreinnahme von 13 250 M. zu erwarten sei. Nach längerer Debatte wurde der Antrag angenommen. Beim Etat der Gasanstalt, welcher mit 371 150 M. abschließt, beantragte Genosse Riecke, die Miets für den zweiten Gasmesser nicht zu erheben, da hierdurch gerade die kleinen Abnehmer erheblich belastet werden. Bei einem Ueberschuß von 55 850 M. müßte es trotz der schlechten Finanzlage möglich sein, wenig-

stens mit einer Verbilligung den Anfang zu machen, wenn auch augenblicklich an eine Herabsetzung des Gaspreises nicht zu denken sei. Der Antrag wurde der Gaswerksdeputation überwiesen. Der Kanalisationsetat schließt mit 54 740 M. ab. Die Gebühren für die an die Kanalisation angeschlossenen Grundstücke sollen von 120 auf 135 Proz. erhöht werden, desgleichen sollen in Zukunft für den laufenden Meter Grundstücksstraßenfront 1,65 statt 1,60 M. erhoben werden. Die Erhöhung im Gesamtbetrag von 2540 M. wurde von einigen bürgerlichen Vertretern energig belämpft. Nach lebhafter Diskussion wurden die vorgeschlagenen Sätze angenommen. Der Voranschlag für das Realgymnasium schließt mit 111 200 M. ab. An Schulgeld werden 61 200 M., an sonstigen Einnahmen 2340 M. eingenommen. Der Gemeindezuschuß beträgt 47 700 M. Ein Antrag des Schöffen Runkle, in Zukunft nur demjenigen dritten Sohn Schulgeldfreiheit zu gewähren, dessen Vater nicht mehr wie 6000 M. Einkommen hat, wurde angenommen. Die gewerbliche Pflichtschulbildungsschule, die in diesem Etat das erstmalig enthalten ist, erfordert 3300 M. Der Staatszuschuß beträgt 1330 M. Der Voranschlag für Stiftungen enthält 2850 M. Beide Titel wurden ohne Debatte genehmigt. Bei den gewerblichen Unternehmungen betragen die Einnahmen 471 530 M., die Ausgaben 375 452 M. Der Ueberschuß beträgt somit 96 078 M., in welchen 34 900 M. für die Wasserwerkverwaltungen und 55 850 M. für die Gasanstalt enthalten sind. Für die Parkverwaltung und Verbesserung des Ortes wurden 18 870 M. ausgegeben. Die Einnahmen belaufen sich auf 2250 M. Die Waupolizeiverwaltung und das Gemeindebauamt erfordern 15 850 M., die Einnahmen betragen 2500 M. Für Verjüngung und Tilgung der Gemeindeforderungen wurden 72 451 M. gebraucht, dem steht eine Einnahme von 9485 M. gegenüber. Die Ausgaben für Gemeindegüter betragen 13 620 M., die Einnahmen 12 270 M. Für Straßenpflasterungen, Besprengung und Beleuchtung sind im Etat 87 000 M. vorgesehen, die Einnahmen betragen 1000 M. Das Feuerlöschwesen kostet der Gemeinde 3010 M. Beim Titel Gemeinde-, Amts- und Standesamtsverwaltung brachte Genosse Riecke wieder Beschwerden gegen die hiesige Polizei zur Sprache. Bürgermeister Dr. Stiller erklärte hierzu, daß er nach wie vor darauf sehe, daß sich die Polizisten dem Publikum gegenüber taktslos zu benehmen haben. Durch die Errichtung der neuen Polizeikommissariatsstelle hoffe er, daß diese Beschwerden endgültig verschwinden werden. Der Etatstittel schließt mit 130 200 M. Ausgabe und 11 032 M. Einnahme ab. Zum Schluß wurde noch die Erhöhung der Hundesteuer von 20 auf 30 M. beschlossen, die selbst tritt jedoch erst vom 1. Oktober ab in Kraft. Darauf wurde die Weiterberatung des Etats vertagt.

Sichwalde.

Hier, zum Teil sehr ausgedehnte Gemeindevorsteherungen waren zur Beratung des diesjährigen Etats notwendig. Derselbe balanciert mit 209 340 M. Einnahmen und Ausgaben konnten nur durch Erhöhung fast aller Steuern in Einklang gebracht werden. Wie bei den Beratungen mehrfach vom Genossen Ulrich und auch von Herrn Stanninga betont wurde, sind die Steuererhöhungen nur durch die höhere Schule notwendig geworden. Herr Schöffe Herrn wollte allerdings glauben machen, daß die höhere Schule der Gemeinde gar nichts kostet, weil bei Errichtung derselben die Grundwertsteuer erhöht worden sei. Dabei erfordert die Schule bei 140 Schülern einen Gesamtaufschuß von rund 15 000 M.

Die letzte Gemeindevorsteherung war reich an Ueberraschungen. Die erste bereitete Herr Schöffe Herrn, indem er erklärte, daß er noch eingehender Ueberlegung sich entschlossen habe, gegen den Etat zu stimmen. Es sei ihm nicht möglich gewesen, genügend Einblick in den Etat zu gewinnen. Der Herr Vorsteher hätte ihn bei Aufstellung des Etats nicht hinzugezogen. Herr Gemeindevorsteher Weidner stellte sofort fest, daß Herr Herrn zu den Sitzungen der Finanzkommission geladen war. Gegenüber den Angriffen des Herrn Herrn bezeichnete er die Aufstellung des Etats als überaus vorsichtig. Bei den Ausgaben habe man sich überall die größte Beschränkung auferlegt. Betreffs der Wogner-Stiftung, deren Veranzahlung zum Ausgleich des Etats Herr Herrn angeregt hatte, mußte Herr Weidner mitteilen, daß von den 65 000 M. bereits 58 000 M. verwirtschaftet seien, er warnte davor, von den übrigen bleibenden 7000 M. zu nehmen.

Herr Stanninga teilte mit, daß unter dem verstorbenen Vorsteher außerdem 9000 M. aus verschiedenen Fonds mitverbraucht sind, er wunderte sich über Herrn Herrn, daß er seine Bedenken nicht früher vorgebracht habe. Herr Herrn sei ja ein Freund der höheren Schule und habe deren Ausgaben mit beschlossen, nunmehr müsse er auch für Deckung sorgen. Dem Gemeindevorsteher Herrn Herrz brennt in der Markgrafenstraße, nördlich der Bahnhofstraße, die noch sehr wenig bebaut ist, eine Latrine unnützlich. Der Vorsteher und andere Vertreter hielten ihm entgegen, daß die Gemeinde verpflichtet sei, für Bekleidung zu sorgen, da sonst jemand verunglücken könne. Herr Herrz erwiderte darauf: „Das geht doch die Gemeinde nichts an, die Gemeinde ist ja versichert.“ Die Sparjamkeitsanbahnung des Herrn Herrz konnte bei den übrigen Vertretern keine Begeisterung auslösen.

Herr Weidner verlas unter anderem ein Schreiben der höheren Mädchenschule. Aus Anlaß des Scheidens einiger Schülerinnen veranstaltete die Schule eine Abschiedsfeier, wozu die Gemeindevorsteher geladen sind. Die Arrangements dieser Festlichkeit scheinen die Lokalverhältnisse am Orte sehr schlecht zu kennen, sonst wäre es unbedenklich, weshalb die Feier in Rauchfangswerder stattfindet. Am Orte sind acht Gastwirtschaften, vier mit Saal, davon zwei für Arbeiter gesperrt. Die Herrschaften wären also sehr schön unter sich gewesen.

Warum mußten unsere Steuern erhöht werden? Ueber dieses Thema sprach in einer stark besuchten öffentlichen Versammlung Gemeindevorsteher Genosse Ulrich. Die bürgerlichen Gemeindevorsteher waren geladen, aber in Erwartung einer gehörigen Blamage nicht erschienen. Nur einer ihrer Rühmsten brachte den Rat auf, mitzutheilen, daß er geschäftlich verhindert sei, an derselben teilzunehmen.

Nedner entwarf auf Grund eines außerordentlich reichhaltigen Materials ein für die Mehrheit des Gemeinderats wenig schmeichelhaftes Bild. Massenelend, Kirchturnpolitik und liebedienersches Patriotikum haben danach nicht nur die bestehende Finanzmisere verschuldet, sondern verperspeten auch den Weg zu durchgreifender Besserung. So liege die Ursache der Finanzalamität in erster Linie in der Errichtung der hohen Schule und in den Bestrebungen auf weiteren Ausbau derselben. Während 1908 noch die Zuschüsse hierfür nur den zwölften Teil der Jahresausgaben darstellten, bildeten sie heute rund den sechsten Teil derselben. Es sei daher kein Wunder, daß die Zuschläge zur Gemeindesteuer von 100 auf 110 Proz. erhöht werden mußten. Ferner sei auch die Grund- und Gebäude-, sowie die Gewerbesteuer erhöht, die Hundesteuer von 20 auf 30 M. hinaufgeschraubt und die Biersteuer beschlossen worden. Während man so auf der einen Seite die Steuererhöhung auf äußerste anziehe, suche man sich auf der anderen jeder im Interesse des Gemeinwohls liegenden Verpflichtung zu entziehen. Der an sich geringfügige Beitrag zur Zubehörschule sei gestrichen worden. Wer aber meint, daß bei dem chronischen Geldmangel jede wirklich vermeidbare Ausgabe unterbleibe, der irrt gewaltig. Seien doch im Vorjahr für patriotische und sonstige Feiern 1150 M. verpulvert worden. Weit höher noch seien die Leistungen für die evangelische Kirche, der man außer den händigen alljährlichen Zuwendungen auch sonst noch allerlei kostspielige Gefälligkeiten erweise. Auch bei der vom Staate geförderten Jugendpflege dürfe die Gemeinde nicht beiseitegehen. Für wirkliche Jugendpflege und Kräftigung des Nachwuchses sei man weniger eingenommen, denn der beschlossene Turnhallebau werde unverantwortlich verzögert. Weiter machten sich Bestrebungen bemerkbar, die Gaspreise zu erhöhen. Treiben sie Kraft in diesem Punkte sei ein Herr, der seinerseits diesem vermaledeiten modernen Beleuchtungsmittel noch keinerlei Konzession gemacht habe, sondern noch bei dem guten, alten Petroleum ver-

Meiße. Wenn die Mehrheit der Gemeindevertretung glaube, mit ihren neuesten Beschlüssen den Zugang und damit die Steuerkraft zu heben, so werde die bittere Enttäuschung erleben.

In der Diskussion gaben auch einige bürgerliche Herren ihrem Unmut über die Beschlüsse des Gemeinderats freien Ausdruck. Die im weiteren Verlauf der Diskussion hier mit Humor, dort mit heftigem Sarkasmus behandelten Punkte: Pflichtfeuerwehr usw. werden den Herren auf dem Kalfause die Ueberzeugung befestigen helfen, daß man ihre Taten nicht minder würdiger als die der hochwohlwollenden Räte jener Stadt Schilda, allwo man hoffte, daß nicht in Säcken einsaugen zu können. Die Versammlung bedeutete einen großen moralischen Erfolg unserer Partei, und die Wahrung des Genossen Wolkens, bei zukünftigen Wahlen sich die Kandidaten sehr genau anzusehen, ferner aber auch den „Vorwärts“ zu abonnieren und Wahlvereinsmitglieder zu werden, wird Früchte tragen.

Rahnsdorf.

Die Eingemeindung Wilhelmshagens, richtiger des Gutes Rahnsdorf, nach Gemeinde Rahnsdorf, die am 1. April dieses Jahres stattfand, veranlaßte die Gemeindevertretung, in ihrer letzten Sitzung Stellung zu einem Ortsstatut betreffend die Vermehrung der Zahl der Gemeindevertreter zu nehmen. Durch die Eingemeindung des alten Gutes vergrößert sich die Einwohnerzahl der Gemeinde Rahnsdorf von 1418 auf 2900 Personen. Um den Hinzukommenden eine entsprechende Vertretung zu sichern, wurde beschlossen, die Zahl der Gemeindevertreter von 12 auf 16 und der Schöffen von 2 auf 3 zu erhöhen. Zum Anschluß daran erklärte sich die Gemeindevertretung mit einer Vertagung der Ergänzungswahlen einverstanden. Da die notwendigen Vorarbeiten, Steuerveranlagung, Aufstellung und Auslegung der Wählerliste geraume Zeit beanspruchen, sollen die Wahlen zur Gemeindevertretung erst im Juni stattfinden.

Potsdam.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung nahm man Stellung gegen den Oberbürgermeister Bodberg, weil dieser die Gläubigeradressen, wie sie letztes an den Kaiser und nach Braunschweig gesandt worden waren, allein unterzeichnete. Man verlangte, daß auch der Stadtverordnetenvorsteher zu diesem „wichtigen“ Akt herangezogen werden soll. Der Oberbürgermeister bestritt ein Recht der Stadtverordneten auf Mitunterzeichnung, weil er die Stadt vertreten. Diese „wichtige“ Angelegenheit wurde schließlich in die nichtöffentliche Sitzung verlegt. Der Neubau des Eisenhardt-Krankenhaus als Klassenkrankenhaus wurde beschlossen. Die Stadt übernimmt das Grundstück in der Behlersstraße zu einem Preise von 162 000 M. und überläßt dafür Gelände in der Burggrafenstraße, welches einen Wert von 91 000 M. hat, so daß noch 71 000 M. zu zahlen sind. Die Baukosten werden etwa 454 000 M. betragen, welche von dem rund 400 000 M. betragenden Vermögen der Eisenhardt-Stiftung gedeckt werden, während den Restbetrag die Stadt zu zahlen hat. — Eine schnellere Erledigung sollen in Zukunft die Aufnahmeanträge für Lungenheilstätten finden. Diese Anträge, die immer den Stadtverordneten vorgelegt wurden, sollen von jetzt ab von der Armen-direktion erledigt werden. Zur Verfügung stehen für diesen Zweck 5100 M. — Neben der Erledigung einer Reihe Etats wurde der Gesamtetat der Stadt festgestellt. Er balanciert mit 8 882 660 M., gegen das Vorjahr 537 256,82 M. mehr.

Königs-Wusterhausen.

Die Ausgabestelle des „Vorwärts“ befindet sich jetzt Bahnhofstraße 2.

Rovawes.

Für den Jugendfang legen sich jetzt, angeführt der bevorstehenden Schulentlassung, die Macher der nationalen Jugendbewegung doppelt ins Zeug. Nicht nur Lehrer, sondern auch Geistliche nutzen jede Gelegenheit aus, um die Arbeiterkinder einzufangen und so den proletarischen Jugendorganisationen das Wasser abzugraben. Auch ein hiesiger Geistlicher, der sich vor einiger Zeit an einem Grabe auf dem Friedhof in der Großbeerenstraße zu unpassenden Bemerkungen gegen die Sozialdemokratie verließ, ergreift die Feder, um in einem mit der Ueberschrift „zur Konfirmation“ versehenen Artikel in der Vorortbeilage der „Potsdamer Tageszeitung“ für die christlichen Jugendvereine Propaganda zu machen. Diese Werbetätigkeit macht es der Arbeiterkraft zur Pflicht, mehr als bisher für die Stärkung der freien Jugendorganisation zu wirken, in der die Kinder nicht nur geistig und körperlich gefördert, sondern vor allem zu freien, aufrechten Menschen erzogen werden.

Spandau.

Der Arbeitergesangverein „Hoffnung“ veranstaltet am kommenden Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, im „Noten Adler“ einen Volksliederabend unter Mitwirkung der Sängerin Fräulein Bieschel-Werlin. Da der Verein sich der freien Arbeiterkraft bei allen Veranstaltungen zur Verfügung stellt, so kann der Besuch des Konzerts, zu dem ein reichhaltiges Programm aufgestellt ist, nur empfohlen werden.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

- Bernau. Freitag, den 27. d. M., abends 6 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses. Staatsberatung.
 - Bobndorf. Am Freitag, den 27. März, nachmittags 4 Uhr, im Lokal von M. Schulze.
 - Hohen-Neuendorf. Heute Donnerstag, abends 6 Uhr, im Sitzungssaal, Berliner Str. 45/49.
 - Mariendorf. Freitag, den 27. März, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus, Kallersstraße.
 - Ziegeln. Freitag, 27. März, abends 6 Uhr, im Rathausaal. Staatsberatung.
 - Weihensee. Freitag, 27. März, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus, Albertinenstraße 6. Staatsberatung.
- Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Gerichtszeitung.

Ein Rechtsanwalt als Angeklagter.

Vor der ersten Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Vahr stand gestern der Rechtsanwalt Gerhard von Drehmer aus Wilmersdorf unter der Anklage der Untreue in zwei Fällen und der Unterschlagung in vier Fällen. Mit ihm hat sich der Kaufmann Erich Löwenberg in Charlottenburg wegen unbefugter Führung des Titels „Referendar“ und „Dr. juris“ und gemeinsam mit v. Drehmer wegen Betruges zu verantworten.

Der Angeklagte von Drehmer, der seit etwa neun Monaten sich in Untersuchungshaft befindet, ist 1879 in Potsdam als Sohn eines inzwischen verstorbenen höheren Offiziers geboren. Er hat im Jahre 1911 sein Advokatenexamen gemacht. Nach dem Tode seines Vaters war er auf geringe Einkünfte angewiesen und machte Schulden auf Schulden, die in kurzer Zeit bis auf 5000 M. anstiegen. Zur Bezahlung dieser Schulden ließ er sich von einer Frau Baumert in Potsdam diesen Betrag gegen Auslieferung eines Schuldscheins und Uebernahme der Bürgschaft seitens seiner damaligen Braut, einer wohlhabenden Fabrikantentochter, nach Auflösung dieses Verhältnisses ließ sich von Drehmer im Oktober 1911 in Wilmersdorf als Rechtsanwalt nieder. Seine Schulden hatten sich inzwischen noch vergrößert, namentlich auch durch Uebernahme von Bürgschaften für zwei Jugendfreunde. Im Laufe der Zeit sind gegen den Angeklagten ungefähr 40 Zivilprozesse angestrengt und ungezahlte Male sind fruchtlose Pfändungen bei ihm vorge-

nommen worden. Nach den Feststellungen der Anklagebehörde soll die Praxis des Angeklagten anfangs ganz gut gegangen sein, der Angeklagte war aber in der Erfüllung seiner Pflichten sehr nachlässig, lebte in den Tag hinein, verschleß Termine, so daß oft Versäumnisurteile ergingen. Er trennte auch die eingehenden Gelder nicht von seiner Privatkasse, sondern tat alles in eine gemeinsame Kasse und entnahm ihr ohne regelrechte Kassenführung je nach Bedarf Gelder daraus. Er geriet immer mehr in finanzielle Schwierigkeiten, so daß es manchmal an Mitteln für die dringenden Bureaubedürfnisse fehlte. Im August 1913 ist schon einmal von einem Gläubiger die Eröffnung des Konkursverfahrens beantragt worden; der Antrag ist aber wieder zurückgenommen worden, da die Forderung bezahlt wurde. Am 28. Mai 1913 leistete der Angeklagte vor dem Amtsgericht Charlottenburg den Offenbarungseid.

Am 26. April 1913 verstarb der Divisionspfarrer a. D. Walter Liebe in Wilmersdorf und der Rechtsanwalt v. Drehmer wurde Nachlasspfleger. Er soll seine Pflichten als Pfleger in sehr leichtsinniger Weise gehandhabt haben und ist schließlich von seinem früheren Bureauvorsteher Nielsen und dem Mentier Ernst Liebe beschuldigt worden, Vermögensstücke des Nachlasses veruntreut zu haben. Dieser Punkt ist der Hauptteil der Anklage. Der Angeklagte wird ferner beschuldigt, als Bevollmächtigter eines Kaufmanns Alfred Menz und eines Friseurs Rosenke über Vermögensstücke der Auftraggeber zum Nachteil derselben verfügt zu haben. Der von beiden Angeklagten ausgeführte Betrag richtete sich gegen einen Friseur Adolf Ordrer.

In der Verhandlung bestritt der Rechtsanwalt, unsolide gelebt und dem Alkohol zu sehr geschnitten zu haben, gab aber zu, daß seine Geschäftsführung eine unordentliche gewesen sei. Der Vorsitzende stellte nach den Angaben des Angeklagten fest, daß dieser während seiner Amstätigkeit bis zu seiner Verhaftung zirka 25 000 Mark Einkünfte gehabt und davon zirka 21 000 M. für Schulden, Unkosten und Unterhalt gehabt habe. Er schulde zur Zeit noch zirka 7500 M.

Der Vorsitzende hielt dem Angeklagten zahlreiche Unregelmäßigkeiten und Pflichtwidrigkeiten vor, die dieser während seiner Tätigkeit als Pfleger des Nachlasses des Divisionspfarrers a. D. Liebe und insbesondere bei der Schlussabrechnung sich hatte zu Schulden kommen lassen. Unter anderem hatte er bei der Schlussabrechnung versichert, daß eine Summe von 1800 M. sich bei „seiner Bank“ befände und jederzeit abgehoben werden könne, während er gestern zugab, auf der Bank keinerlei Guthaben gehabt zu haben. Bei der Erörterung der Einzelheiten aus der Liebeschen Nachlasspflegschaft kam auch die „Zuwelensammlung“ des alten Herrn Liebe zur Sprache, deren angeblich ungeheurer Wert seinerzeit Gegenstand lebhafter Erörterungen in der Presse war. Der alte Herr hatte eine Passion, Steine zu sammeln; diese Sammlung bestand aus Edelsteinen, Halbedelsteinen und ganz wertlosen Steinen. Nach der Tare des Sachverständigen Juweliers Niesel haben die vorgefundenen Steine nur einen Wert von 572 M. gehabt.

Der Angeklagte behauptet, immer präzise Mittel gehabt zu haben, um alle seine Verpflichtungen den Liebeschen Erben gegenüber zu erfüllen. Demgegenüber stellte der Vorsitzende fest, daß der Angeklagte eine Schreibmaschine auf Abzahlung gekauft und nur zwei Monatsraten gezahlt habe und verkauft werden mußte, daß er ein Darlehen von 1000 M. gegen die Verpflichtung, 1500 M. zurückzugeben, habe aufnehmen müssen, daß der Magistrat von Wilmersdorf wiederholt ihn wegen der Zahlung von 6 M. für den Transport der Leiche habe erinnern müssen usw., usw. Der Angeklagte berief sich seinerseits auf mehrere Freunde, die jederzeit bereit gewesen wären, ihm bei Bedarf mit barem Gelde auszubelfen.

Sehr belastende Aussagen machte der frühere Bureauvorsteher des Angeklagten, Gustav Nielsen, der eine Schilderung von den Zuständen im Bureau des Angeklagten gab, wonach dort die größte Liebeslichkeit geherrscht habe. Er behauptete, daß der Angeklagte nach nächtllichem Wummel oft erst früh morgens nach Hause gekommen sei, den ganzen Vormittag geschlafen und seine Anwalts-pflichten so vernachlässigt habe, daß Versäumnisurteile an der Tagesordnung gewesen seien. Nach der Behauptung des Zeugen befand sich im Liebeschen Nachlass auch ein wertvoller **Urennenabstich**. Aus diesem Reich habe eines Morgens der Angeklagte mit einem Bekannten namens Drehmer und einem Frauenzimmer Ineipend getrunken. — Der Angeklagte erklärte dies für völlig unwahr und bestritt dessen belastenden Behauptungen in den meisten Punkten. Gegen die Glaubwürdigkeit dieses Zeugen machte Rechtsanwalt Dr. Halpert zahlreiche Einwendungen, für deren Berechtigung morgen Zeugen vernommen werden sollen.

Der entlohene Angeklagte.

Ein Einbruch in die Gemeindefasse von Hohen-Neuendorf bildete den Gegenstand einer mehrstündigen Verhandlung, welche die 2. Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hesse beschäftigte.

Aus der Untersuchungshaft wurden der Arbeiter Alfred Rudolph, der Arbeiter Erich Arnold und der Arbeiter Fritz Kadel vorgeführt, um sich wegen gemeinschaftlichen schweren Diebstahls zu verantworten. Die Anklage richtet sich auch noch gegen den diebstahls wegen Diebstahls vorbehafteten Wilhelm Stein. Gegen diesen konnte jedoch nicht verhandelt werden, da er am Sonnabend aus dem Gefängnis in Oranienburg ausgebrochen war. Stein, der dort in Untersuchungshaft saß, sollte am Sonnabend nach Berlin transportiert werden. Als er den Turm im ersten Stockwerk entlassungsfähig wurde, benutzte er einen günstigen Augenblick und sprang durch die Scheibe eines nicht vergitterten Fensters in den Hof hinab. Trotzdem die Verfolgung des Verbrechers sofort aufgenommen wurde, gelang es ihm zu entkommen. Das Verfahren gegen ihn wurde abgetrennt.

Am Morgen des 14. Februar dieses Jahres beobachteten die Gemeindevorwächter Rogge und Teppers in Hohen-Neuendorf, wie mehrere Personen über den Stachelstraßenraum des dortigen Schulgrundstücks, in dem sich auch die Gemeindefasse befindet, kletterten und schleunigst die Flucht ergriffen. Die beiden Wächter stellten fest, daß eine Scheibe des Kassenzimmers eingedrückt war. Sie benachrichtigten sofort den Wachtmeister Proszko, der telefonisch sämtliche Polizeiamter längs der Chaussee nach Berlin von dem Einbruchversuch benachrichtigte und dabei besonders darauf hinwies, daß sich die Täter bei dem Ueberklettern des Stachelstraßenraumes die Kleidung zerrissen hätten. Dieser telefonische Verbrecherfang funktionierte auch prompt. Der jetzige Angeklagte Rudolph wurde in Waldmannslust, die drei übrigen in Folge von den dortigen Polizeibeamten verhaftet. In ihrem Besitze wurden neben 45 kunstvoll gearbeiteten Dietrichen die zu Geldschänkebränden verwendeten Werkzeuge der gewerbetreibenden „Geldschänkebränder“ vorgefunden. Außerdem befand sich Arnold im Besitze eines scharfgeladenen Revolvers. — Das Gericht erkannte gegen Rudolph auf 1 Jahr Zuchthaus und gegen Arnold und Kadel, denen mildere Umstände zugestanden wurden, auf je 1 Jahr Gefängnis.

Aufgehobenes Versammlungsverbot.

Der Polizeipräsident von Hannover verbot die Abhaltung einer öffentlichen Jugendversammlung, die am 20. April 1913 im „Ballhof“ in Hannover stattfinden sollte und für die ein Referat des Schriftstellers Jürgen Brand über „Schule und Leben“ vorgesehen war. Als sich trotzdem 300 Personen einfanden, verhinderte die Polizei die Abhaltung auch tatsächlich. Wegen des polizeilichen Verbots der Jugendversammlung und wegen ihrer tatsächlichen Verhinderung durch die Polizei erhob der Arbeiter Rohrsen Beschwerde.

Nachdem der Regierungspräsident und der Oberpräsident die Beschwerde zurückgewiesen hatten, klagte Rohrsen. Das Oberverwaltungsgericht gab am 19. d. M. der Klage statt und setzte die

Verbotsverfügung der Polizei außer Kraft. — Gründe: Die Versammlung sei zwar für die Jugend einberufen worden, aber nicht lediglich für jugendliche Personen unter 18 Jahren, sondern es sei auch, wie aus den Einladungen hervorgehe, die erwachsene Arbeiterschaft zum Besuche eingeladen worden. Ein Verbot der ganzen Versammlung wäre deshalb überhaupt unzulässig gewesen; höchstens hätte die Polizei unter diesen Umständen hindern können, daß Jugendliche unter 18 Jahren teilnahmen. Das Verbot war also auf jeden Fall aufzuheben, weil diese Verfügung zu weit ging. Ueber die anderen Einwände des Betreters des A. brauche darum nicht entschieden werden.

Gefällige Lohnlisten.

Vom Landgericht Duisburg ist am 5. Januar der Schachtmeister Martin Thon wegen Betrugs in drei Fällen zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er war bei dem Unternehmer L. in Hamburg angestellt und hatte nicht nur die Lohnlisten zu führen, sondern auch die Lohnbüten den Arbeitern auszuhändigen. Um sich rechtswidrig zu bereichern, setzte er für einzelne Arbeiter mehr Arbeitsstunden auf die Lohnliste, als sie wirklich gearbeitet hatten. Wenn er dann die Lohnbüten erhielt, so änderte er die darauf fälschlich angegebenen Beträge in die richtigen um, nahm den Ueber-schuß heraus, um ihn für sich zu behalten und gab dann den Arbeitern ihren verdienten Lohn. Ferner führte er Arbeiter in den Lohnlisten auf, die überhaupt nicht bei seinem Dienstherrn tätig waren. Endlich hat er Arbeiter zu einem niedrigeren Stundenpreis angestellt, als er seinem Dienstherrn angab, und den Lohnunterschied für sich behalten. Die Revision des Angeklagten wurde am Dienstag vom Reichsgericht verworfen.

Zum Sechstageprozess.

Herr Hugo Benjamin, Alexanderstr. 9, ersucht um Mitteilung, daß er mit dem wegen Betruges bestraften Albert Benjamin nicht identisch ist. Obwohl die Verschiedenheit der Vornamen eine Verwechslung unmöglich machen sollte, kommen wir dem ausgesprochenen Wunsche nach, weil nach Behauptung des Einsenders Verwechslungen vorgekommen sein sollen.

Versammlungen.

Rohrleger und Helfer. Die nunmehr im Deutschen Metallarbeiterverband wieder vereinigte Rohrleger und Helfer hielten am Sonntag eine gut besuchte Brancherversammlung ab. Siering hielt das einleitende Referat, in dem er u. a. ausführte: Mit der Wiederherstellung der Einheitsorganisation der Arbeiter im Berliner Rohrlegergewerbe sei ein alter Streit begraben, der für die Arbeiter nur Schaden gebracht habe. Von diesem Streit haben die Unternehmer als lachende Dritte auf Kosten der Arbeiter ihren Nutzen gezogen. Dieser unerquickliche Zustand sei jetzt beseitigt. Der Uebertritt der Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverbandes, Verein Berlin und Umgegend, ist fast restlos erfolgt. 1553 Mitglieder sind bereits übergetreten, trotz noch eine Anzahl der beim Militär und auf Montage befindlichen Mitglieder hinzuzugählen sei, so daß mit rund 1800 Uebertritten zu rechnen ist. Vergewagt man sich die Tatsache, daß die letzte Generalversammlung des sich auch Allgemeiner Deutscher Metallarbeiterverband nennenden Vereines des Bienenhof von im ganzen 15 Personen besucht war, so ergibt sich daraus der strikteste Beweis, daß der übergetretene Verein gleichen Namens die übergroße Mehrheit der ehemaligen gemeinsamen Mitgliedschaft enthielt. — Die Klust, die durch den jahrelangen Zwist zwischen den Rohrlegern und Helfern zu ihrem gemeinsamen Schaden entstanden sei, die ja bekanntlich ein gewisser Mann immer noch zu erweitern suchte, sollte nach dem organisatorischen Zusammenschluß Werdbrüder sein. Soweit das noch nicht geschehen ist, muß versucht werden, durch gemeinsame Arbeit und intensive Agitation es herbeizuführen. Es muß auch in nächster Zukunft dafür gesorgt werden, daß die nach im Gewerbe beschäftigten zahlreichen unorganisierten Arbeiter dem Deutschen Metallarbeiterverband beitreten, damit 1916 bei Ablauf des jetzt gültigen Tarifs die Rohrleger und Helfer möglichst vollständig, einheitlich und geschlossen organisiert sind. Nicht in den Streitereien der Vergangenheit solle herumgewälzt werden, sondern mit frischer Kraft und vermehrter Energie ist die Organisation für die Zukunft zu festigen und auszubauen. — Nach einer im zustimmenden Sinne sich betragenden Diskussion wurde die Neuwahl der Branchenkommision vorgenommen. Die Wahl erfolgte geheim. Es wurden gewählt: Ehrlich, Ficius, Fiehn, Friedrich, Friß, Gedank, Hein, Hofmann, Koch, Kraach, Krüger, Wilmsen, Riederichner, Paul, Rihonta, Rotenburger, Schmidt, Schulz, Zander, Ziefe und Zimmermann. Zum Branchendirektor wurde darauf einstimmig Max Ziefe und zum Stellvertreter Kurt Friedrich gewählt.

Jugendveranstaltungen.

Pantow-Nieder-Schönhausen. Die Arbeiterjugend veranstaltet am Sonntag, den 29. März, eine Spielpartie nach Schönwalde, Schwalbe. Abfahrt mittags 12 1/2 Uhr pünktlich von der Pantower Straße mit der Siemensbahn nach Franz-Buschhof, von dort gemeinsam mit der Buschholzer Arbeiterjugend nach Schönwalde. Dortselbst finden Spiele im Freien statt. Von 5 Uhr ab gemeinsames Beisammeln im Restaurant Schul in Schönwalde. Die Arbeiterjugend wird ersucht, sich recht zahlreich an dieser Veranstaltung zu beteiligen.

Der rechtliche Charakter der Arbeitskonflikte. Von J. Soufel, I. I. Ministerialrat, 360 Str. R. Berlin, Wien, Seifergasse 4.

Kirchensche Dückerroman: 940. Gagar. Roman von G. Vela. — 941/42. **Prater.** Roman von G. Scapinelli. — Einzeln 20 Pf. O. Pflüger, Berlin W 9.

Aus aller Welt.

Bootskatastrophe auf der Donau.

Unweit der serbischen Ortschaft Kladowo hat sich am Dienstag auf der Donau ein schweres Bootunglück ereignet, dem sechs Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Ein Boot, in dem sich 15 Arbeiter befanden, wollte bei Kladowo die Donau überqueren, kippte jedoch infolge des hohen Wellenganges um und sämtliche Insassen stürzten ins Wasser. Trotz der sofort eingeleiteten Rettungsaktion der in der Nähe befindlichen Dampfer und Boote konnten nur neun Personen gerettet werden. Sechs fanden den Tod in den Fluten.

Zwei Narren.

Zwei junge Leute aus Madrid, Antonio Kerretto und Rudwigo Maratoteil, liebten dasselbe Mädchen. Sie waren der Ansicht, daß einer von ihnen der Welt überflüssig sei und beschloßen ein Duell, das in einem abgeschlossenen Zimmer zum Austrag gebracht werden sollte. Nachdem sie aus einem Revolver mehrere Schüsse abgefeuert hatten, jedoch keine erheblichen Verletzungen davontrugen, setzten sie den Kampf mit scharfen Messern fort. Als schließlich Nachbarn die Tür mit Gewalt aufgesprengt hatten, fand man die beiden jungen Leute ganz zerstoßen in ihrem Blute liegend vor. Kurze Zeit darauf sind sie ihren Verletzungen erlegen. Die Schöne aber wird, wenn sie den ersten Schmerz überwunden hat, den Dritten nehmen.

Verbrecherjagd im Hydroplan.

Eine neue eigenartige Verwendung hat der Hydroplan in Miami im Staate Florida gefunden. Ein erfindungsreicher

Blutarme u. Kranke trinken während der Rekonvaleszenz fourig süßen **Santa Lucia** Stärkungs-Fl. 1.50 **Rotwein** Nachahmung bitte zurückzuweisen. Kaut. In Apotheken, Drogerien u. Deifkat.-Gesch.

Aus der Frauenbewegung.

Verlorene Kinder.

Gebärstreif, Gebärgang, Geburtenrückgang, lauter Schlagworte, die das öffentliche Interesse erregen und Gegenstand lebhafter Debatten sind. Gerade die am lebhaftesten eintreten für die Ansicht, daß eine künstliche Geburtenbeschränkung unmoralisch ist, haben die Geburtenbeschränkung niemals unfittlich gefunden, solange sie von den oberen Zehntausend ausgeübt wurde. Aber die Masse des Volkes, die hat die Pflicht, für Nachwuchs zu sorgen. Wie dieser Nachwuchs groß gezogen wird, das kümmert die Moralisten nicht. Daran denken sie auch nicht, daß jährlich in Deutschland hunderte von Kindern geboren werden, die einfach verschwinden, ohne daß sich jemals ein Mensch um ihren Verbleib kümmert.

Als die frühere Polizeiaffizientin von Stuttgart, Schwester Henriette Arendt, auf diese verlorenen Kinder aufmerksam machte, als sie darauf hinwies, daß unzählige Kinder in Deutschland verkauft, verschenkt oder auch umgebracht oder fortgeschleppt werden, da wurden diese Behauptungen als unwahr bezeichnet und die von ihr vorgebrachten Tatsachen abgelehnt. Inzwischen haben sich aber doch eine Reihe von Vereinen und Persönlichkeiten mit der Nachprüfung beschäftigt, und allmählich wird man sich wohl davon überzeugen, daß die Wirklichkeit schlimmer ist, als das, was Schwester Arendt aufgedeckt hat. Man muß bedenken, daß sie allein, fast immer ohne Unterstützung von Behörden, ja oft gegen deren Willen ihre Forschungen machen mußte. Und doch hat sie allein schon fast zehntausend Kinder in ihre Obhut genommen, die niemand gehörten, von denen niemand etwas wissen wollte, Kinder, die verkauft oder verschenkt oder ausgeführt wurden. Sie alle wären elend zugrunde gegangen, wenn sich nicht die warmherzige Frau ihrer angenommen hätte. Wie leicht kann man sich da vorstellen, daß noch Tausende solcher Kinder verschwinden, zugrunde gehen, weil eben niemand da ist, der sich ihrer annimmt, wenn schon ein einziger Mensch gegen zehntausend verlorene Kinder vor dem Untergang gerettet hat.

Schwester Arendt machte zunächst auf die zahlreichen Zeitungsannoncen aufmerksam, die sich mit dem Kinderhandel beschäftigen. Wie häufig werden da Kinder zum Verkauf angeboten. Es handelt sich da durchaus nicht immer um uneheliche Kinder. Sehr häufig sind es Eltern, die eines ihrer Kinder gegen eine größere Abfindungssumme abzugeben wünschen. Sie erklären ganz offen, daß sie mit dieser Summe ihren andern Kindern Brot verschaffen wollen. Fragt man sich, wer solche Kinder kauft, so wird man finden, daß es sich um die verschiedensten Zwecke handelt. Es gibt reiche kinderlose Leute, die ein Kind annehmen wollen. Gewöhnlich kaufen sie solch ein Kind aber nicht, da sie es ja leicht geschenkt bekommen können. Die Abfindungssumme dient dazu, den Eltern die Möglichkeit abzukufen, Rechte auf ihr Kind geltend zu machen. Oder aber das Kind soll dem Käufer zu irgendwelchem Gewinn verhelfen. Diese Kinder werden ausgebildet für Zirkus oder Varietés. Sie werden in ausländische Bordelle verschleppt. Sie werden zu Bettelzwecken benutzt. Ein russischer Landrat hat behauptet, daß in den sogenannten Krüppelfabriken, wie man sie in Rußland findet, auch deutsche Kinder gefunden sind, die dort zu Bettelzwecken hergerichtet werden. Das heißt, sie werden gelendet oder die Glieder werden ihnen gedrohen oder ihr Wachstum wird künstlich verhindert. Denn je elender und mißgestalteter ein Kind ist, desto eher erregt es das Mitleid der Vorübergehenden und solche Kinder sind sehr begehrt. Ähnliche Krüppelfabriken gibt es auch in Spanien, England usw.

Daß Eltern ihre Kinder verschenken, kommt seltener vor. Verschenkte Kinder haben meist eine Mutter, die nicht verheiratet ist, die verlassen wurde oder keine Möglichkeit hat, den Vater des Kindes zu seinem Unterhalt heranzuziehen. Die Mütter, die Kinder verschenken, sind gewöhnlich durch die Geburt des Kindes in eine traurige Lage gekommen. Sie werden von ihren eigenen Angehörigen verstoßen, von den Nymphen verachtet. Sie finden keine Möglichkeit eines Erwerbes, bei dem sie ihr Kind bei sich behalten können. Ihr Verdienst reicht nicht aus, um für das Kind eine gute Pension bezahlen zu können. Sie bieten das Kind zum Geschenk aus und dürfen natürlich nicht wählerisch sein, wer ihnen das Kind abnimmt. Findet sich niemand, dann setzen sie das Kind aus oder sie töten es. In Strahburg fanden spielende Kinder vor kurzem eine Kindesleiche, die über ein halbes Jahr in einem Sandhaufen gelegen hatte. Die Mutter hatte das Kind in ihrer Not dort versteckt. Niemand hatte je nach dem Verbleib des Kindes gefragt. Solche Fälle sind durchaus nicht vereinzelt.

Kann die untergetratete Mutter für die Aufnahme des Kindes eine kleine Summe zahlen, so ist für das Kind vielfach nicht besser geforgt. Die Fälle, daß Engelmacherinnen Kinder nehmen, für die eine Summe gezahlt wird, sind nicht selten. Auch das Los der Kinder, für die Pension gezahlt wird, ist traurig. Häufig werden sie nur so weit am Leben erhalten, daß sie ihren Pflegemüttern eine Rente sichern. Sich um ihre körperliche Pflege, um richtige Ernährung ihrer Pflegelinge zu kümmern, fällt vielen der Frauen, die Zieh- oder Halbkinder annehmen, selten ein.

Es gibt aber auch Kinder, für deren Abnahme noch eine große Summe gezahlt wird. Das sind die Kinder von untergetrateten Müttern der besitzenden Klassen. Um die Schande aus dem Wege zu räumen, wird da oft kein Geld gescheut. Dieses Geld kommt aber in den seltensten Fällen den Kindern selbst zugute. Sehr häufig werden sie ausländischen, namentlich französischen Hebammen übergeben. Diese behalten das Geld und bringen die Kinder in den französischen Findelhäusern unter, wo alle Kinder unentgeltlich aufgenommen und auf Staatskosten erzogen werden, ohne daß eine Angabe ihrer Herkunft gefordert wird. Diese Findelhäuser stammen aus der Zeit Napoleons, der erkannt hat „Wir brauchen Mütter“. Da er aber auch erkannte, daß vielen Frauen Not und Vorurteil unmdglich machen, Mutterpflichten zu erfüllen, so hat er diese Pflichten dem Staat übertragen. In neuester Zeit sollen sich die Fälle, daß deutsche Mädchen in Frankreich entbinden und daß deutsche Kinder auf Kosten des französischen Staates erzogen werden, derart mehren, daß man ihre Aufnahme erschwert.

Die Anfragen, die Schwester Arendt wegen Aufnahme von Kindern erhält, sind unzählig. Sie gehen weit über

das hinaus, was sie an Hilfe zu leisten vermag, da sie ja ausschließlich auf private Unterstüzungen angewiesen ist. Daß eine ganze Reihe von Kindern wie eine Ware verhandelt werden, das beweisen nicht nur die vielen Zeitungsannoncen, das beweisen auch die Menschen, die durch den Vertrieb dieser lebendigen Ware sich eine Existenz gründen, die Kinderhändler.

Verlorene Kinder sind es meist, die verkauft, verschenkt, verhandelt werden, die aus dem Wege geräumt werden, weil niemand da ist, der sich ihrer annehmen will oder kann. Wertvolles Menschenmaterial geht auf diese Weise zu Grunde. Der Geburtenrückgang ist gewiß eine unbestreitbare Tatsache. Eine unbestreitbare Tatsache ist es aber auch, daß unzählige Kinder geboren werden, die infolge der traurigen sozialen Verhältnisse zu Grunde gehen oder die ein Opfer der falschen sittlichen Anschauungen werden, die gerade von denen am eifrigsten vertreten werden, die darüber jammern, daß die Bevölkerung abnimmt.

Es wäre von volkswirtschaftlicher Bedeutung, wenn man alle Kinder, die alljährlich verloren gehen, vor diesem traurigen Los bewahren könnte. Wenn eine Frau mit geringen Mitteln unter den größten Schwierigkeiten, ja sogar mit Widerstand kämpft, fast zehntausend verlorene Kinder retten konnte, wie viele Tausende von Kindern müßen da noch verloren gehen in der Zeit, in der über Geburtenrückgang gemammert wird, in der der Gebärgang eingeführt werden soll!

Anregungen für unsere Lesende.

Einen glänzenden Verlauf hat unsere rote Agitationswoche genommen. Tausende neuer Mitglieder sind unseren Vereinen zugeföhrt. Vor allem waren die Versammlungen, die den Gedanken des Frauenwahlrechtes in immer weitere Kreise tragen sollten, überall von einem Geiste beseelt, der zu den besten Hoffnungen für unsere fernere Agitationsarbeit berechtigt. Innerhalb der großen Zahl der Frauen und Mädchen, die in dieser Woche ihren Beitritt zum sozialdemokratischen Verein erklärt haben, wohl sind unter diesen neuen weiblichen Parteimitgliedern eine große Anzahl, die schon vordem mit ihrem Föhlen und Denken zu uns gehörten, und für die es nur eines Anstoßes bedurfte, um ihren Beitritt zu vollziehen. Aber nicht minder groß wird die Zahl derjenigen sein, die im ersten Feuer der Begeisterung, vielleicht angefaßt durch ein glühendes Referat in den Versammlungen, mit Freude zu uns kamen. Diese gehören nun vielleicht in ihrem innersten Föhlen noch nicht ganz zu uns. Nicht alles werden sie verstanden haben, was sie in den Versammlungen über Zweck und Ziele der Sozialdemokratie gehört haben. Nur dunkel haben sie vielleicht empfunden, daß die Partei sich der Unterdrückten und Entrechteten annimmt, und aufgefordert, mitzuhelfen an dem Werke ihrer Befreiung, kamen sie, Begeisterung im Herzen, zu uns. Und nun möchten sie wohl helfen, sie wissen aber noch nicht wie und wo; sie wissen es nicht anzufassen. Da liegt es an uns, ihnen den rechten Weg zu zeigen.

Soll nun so eine neue Genossin eine überzeugte Klassenkämpferin werden, so hängt das in hohem Grade davon ab, in welche Hände sie zuerst kommt, oder besser gesagt, daß der Kreis der Genossinnen, zu dem sie zuerst hinzugezogen wird, etwas Anheimelndes für sie hat, daß sie sich dort wohl fühlt. Gerade dieses Moment trägt viel dazu bei, zur Mitarbeit anzuspornen. Eine jede Genossin, die unter gleichen Verhältnissen zur Partei kam, wird das bestätigen können.

In den meisten Fällen sind es zuerst die Lesende, in die diese jungen Parteimitglieder eingeföhrt werden. Viel hängt hier für uns nun ab von dem Geschick und dem Talentsmaß der Leiterin und der tätigen Genossinnen. Schüchtern tritt vielleicht so eine Frau in den Versammlungsräum, und da soll man sie dann nicht in einer Ecke oder allein an einem Tisch sitzen lassen. Nein, mit selbstverständlicher Freundlichkeit müssen wir ihnen entgegenkommen, ihnen möglichst einen Platz bei tätigen Genossinnen anweisen und sie in ein Gespräch zu ziehen suchen. Alles Kleinliche muß natürlich in der Unterhaltung vermieden werden, und sehr schnell werden sich die jungen Genossinnen an unseren Kreis gewöhnen und unsere Lesende werden ihnen dann lieb und wert sein.

Aber nicht nur allein auf das freundschaftliche Entgegenkommen kommt es an. Sollen unsere Lesende eine dauernde Anziehung ausüben, so muß auch darauf Gewicht gelegt werden, das Thema des Abends so interessant wie möglich zu gestalten.

Tüchtige und treue Klassenkämpferinnen wollen wir ja erziehen, und deshalb ist es notwendig, unsere Reuegenosseninnen zuerst mit den Ideen des Sozialismus vertraut zu machen. Wenn das nun in der richtigen Weise geschieht, dann werden sie das auch begreifen, und sie werden sich nicht mehr dem Banne unserer Lehren entziehen können. Ja mehr noch, sie werden dann selbst zur Verbreitung unserer Lehren beitragen.

Meist wird in unseren Lesenden nur ein Vortrag gehalten, an den sich eine Diskussion anschließt. Aber selten wird eine Genossin nach einigen Tagen nach den Inhalt des Vortrages angeben können, wenn sie sich nicht Notizen gemacht hat. Das ist auch ganz erklärlich, denn meistens haben unsere Frauen einen Tag schwerer Arbeit hinter sich, sie können unmöglich dem ganzen Vortrage folgen und sind auch so schwer zur Diskussion zu bewegen. Ganz anders aber ist es, wenn der Vortragende während seiner Ausführungen Fragen stellt und am Schlusse das Durchgenommene noch einmal durchfragt. Bei dieser Methode kann man erst erkennen, ob unsere Genossinnen auch alles verstanden haben, und man kann sicher sein, daß alle die Fragen, auf denen die Genossinnen selbst die Antwort gefunden haben, nicht mehr von ihnen vergessen werden.

Vor allen Dingen werden unsere Frauen so zum logischen Denken erzogen, ihr Gesichtskreis wird sich dadurch erweitern. Allen politischen und wirtschaftlichen Fragen werden sie dann ein weit größeres Interesse entgegenbringen, weil sie sich selbst eher ein Urteil darüber bilden können.

Obgleich die von der Genossin M. G. gegebene Anregung bereits in Zusammenkünften von Lesenden-Leiterinnen und Referentinnen diskutiert worden ist, drücken wir die Empfehlung doch gern um ihres ersten Teiles willen ab, der Hinweise für die Mitarbeit aller Genossinnen enthält. Die Redaktion.

Kommandiere nicht.

Sehr verbreitet, besonders bei den Müttern, ist das unaufföhrliche Bevormunden und Kommandieren, wobei sie sich nicht etwa nach bestimmten Grundföhren richten, sondern sie befehlen und verbieten gerade, wie es ihnen einfällt. Jean Paul meinte einmal, die Durchschnittsmutter gleiche noch nicht einmal jenem Harkeln, der mit einem Astenbündel unter jedem Arm aufs Postbocksteht und auf die Frage, was er unter dem linken Arm trage, antwortete: „Befehle“ — und auf die Frage, was er unter dem rechten trage, antwortete: „Befehle“ —, sie gleiche vielmehr dem riesen Briarcore, der hundert Arme hätte und unter jedem ein solches Bündel. Da wird gar mancherlei verboten, worauf die Kinder von selbst gar nicht ge-

kommen wären. „Stecht mir ja keine Erbsen in die Nase,“ sagte eine Mutter zu ihren Kindern, die seelenbergnügt mit Erbsen spielten. Und siehe da, kaum hatte die Mutter das Zimmer verlassen, da waren die Kinder alle eifrig dabei, zu tun, was ihnen sonst nicht eingefallen wäre. Ich las einmal von einem kleinen Mädchen, das, nach seinem Namen gefragt, antwortete: „Marie Lagdas“. Das Verbot war ihr schon zu einem Teil ihres Namens geworden.

Jean Paul sagt in seiner Levana: „Die feinste Politik ist nicht zu viel regieren; es gilt auch für die Erziehung.“ Und gerade, weil diese „feinste Politik“ bei uns im öffentlichen Leben nirgends geübt wird, weil das Viel-Regieren und -Reglementieren im lieben deutschen Vaterlande an der Tagesordnung ist, haben wir um so mehr die Pflicht, nicht auch noch bei der Kindererziehung in dieselbe Kerbe zu hauen und dadurch das Selbstbewußtsein und das Gefühl der Menschenwürde bei den künftigen Staatsbürgern schon im Keime zu erlöten.

(Kate Dunder, Sozial. Erziehung im Hause.)

Frauenarbeit.

Lohnende Heimarbeit. Vor einiger Zeit wurden uns Stickerarbeiten vorgelegt, welche die Firma H. Holzmarktstraße 8, in der Heimarbeit anfertigen läßt. Die bei diesen Gegenständen — es waren Büchertaschen — verlangte Arbeit erfordert pro Stück einige Stunden Arbeitszeit. Für zwei Duzend solcher Büchertaschen zahlt die Firma den Betrag von 1,80 M. Nach Angaben der Arbeiterin benötigt sie zur Fertigstellung der zwei Duzend Büchertaschen etwa 100 Stunden Arbeitszeit. Nehmen wir nun an, daß diese Arbeiterin ganz besonders langsam sei, eine geübte Stickerin dagegen die Arbeit in 24 Stunden herzustellen vermöchte — was wir für ausgeschlossen halten — so würde auch diese noch nicht auf einen Stundenlohn von 10 Pf. kommen. Dabei sind die Bestimmungen des Vorkriegslandes über Milderung der Arbeit alles anderes als milde. Jeder kleinste Verstoß gegen die Bedingungen zieht für die Arbeiterin sofort einen erheblichen materiellen Verlust nach sich.

Doch von dem Verdienst für diese Arbeit niemand leben kann, steht außer allem Zweifel. Und dennoch werden sich zahlreiche Heimarbeiterinnen finden, die zur Uebernahme solcher Arbeiten bereit sind. Da stehen in erster Linie jene „Heimarbeiterinnen“, die sich als verhärmte oder verarmte Personen höherer Stände ausgehen, dann jene, die sich ein Taschengeld verdienen wollen, und die große Masse derer, die verdienen müssen, um leben zu können. Sie alle werden vom Unternehmer gegeneinander ausgespielt und haben schließlich noch Angst, ihre Postelle zu verlieren. Die den höheren Ständen Angehörigen sind natürlich zu gebildet, um angemessenen Lohn zu fordern, wogegen die für ein Taschengeld arbeitende nicht das Urteilsvermögen hat, um zu begreifen, welches Unheil durch ihre Arbeit für Tausende schlecht entlohnter Heimarbeiterinnen angerichtet wird. Wer aber von dem Verdienst für solche Arbeit leben muß, wird durch die außerordentlich lange Arbeitszeit zu zermürbt, daß er eine Verringerung seiner Lebenslage einfach für ausgeschlossen hält. So bleibt der Unternehmer der einzige, der von diesen Zuständen profitiert und an ihrer Erhaltung ein Interesse hat.

Wenn endlich werden die Arbeiterinnen begreifen, daß der Lohn für jede Arbeit so bemessen sein muß, daß er bei angemessener Arbeitszeit eine sorgenfreie Existenz sichert und daß dieses Ziel nur zu erreichen ist, wenn die Arbeiterinnen den Weg zur Organisation finden.

Gelder als die schlechteste Fabrikarbeit. Eine Näherin schreibt uns: In Nr. 77 geben Sie einen Bericht über die traurige Lage der Federindustrie. Die Lage der Schirmnäherinnen, welche zur Branche der Heimarbeiterinnen gehören, ist noch um vieles trauriger. Wenn die Arbeiterinnen jener Branche täglich 18 Stunden lang tätig sein müssen, so sind Arbeiterstage von 20 bis 22 Stunden bei den Schirmnäherinnen keine Seltenheit. In der Federindustrie wird, wie erwähnt, die Arbeit mit 18 Pf. bezahlt. In der Schirmbranche, welche Akkorarbeit ist, kommt der Stundenlohn höchstens auf 13 Pf. Der Durchschnitt ist 9 bis 10 Pf. pro Stunde, da die Schirmnäherin das Material, wie Seide, Zwirn, Abnutzung der Maschine, Feuerung zum Dämpfen und Föhrgeld, das täglich zur Lieferung gebraucht wird, von ihrem Verdienst bezahlen muß. Von den Schirmnäherinnen in Berlin sind 700 verheiratete Frauen und 300 Witwen, eheverlassene Frauen und ältere Mädchen. Die verheirateten Frauen sind dem Hungerlohn noch nicht so preisgegeben, da ihre Männer wöchentlicher Geld nach Hause bringen. Die Ledigen müssen dagegen von ihrem fäglichen Verdienst auch noch Miete und Lebensunterhalt bezahlen. Somit geht es den Schirmnäherinnen noch um vieles trauriger, wie den Arbeiterinnen der in Ihrem Blatt angeführten Branche. Wohl besteht eine Organisation, doch leider ist die Mitgliedszahl so gering, da die verheirateten Frauen in den meisten Fällen nicht zu bewegen sind, dem Verbands beizutreten. Es ist nicht immer die Schuld der Frauen allein, dem Uebelstande abzuwehren, sondern auch viel die ihrer Männer, da diese in vielen Fällen ihre Frauen hindern, dem Verbands beizutreten. Abends nach Schluß ihrer Arbeit helfen sie ihren Frauen beim Nähen, sind aber natürlich bedacht, daß das nicht dem Verbands bekannt wird.

Frauenemanzipation.

„Abtreibung und Strafschäfersreform.“ In der juristisch-psychiatrischen Vereinigung der Stadt Bücking hielt der Staatsanwalt Glättli ein Referat, in welchem er die Notwendigkeit betonte, daß die Abtreibung durch einen Arzt in allen den Fällen straflos sein soll, in denen die Schwangerschaft einem Verbrechen ihre Entstehung verdankt (der Notzucht, Schändung usw.). Gegen diese Ausführungen sprach einzig Prof. Dr. Bücking, während sie Oberichter Lang, Rechtsanwalt Dr. Harbstein, Prof. Dr. Meuler, Assistenzarzt Dr. Andres und Prof. Dr. med. Wyler unterstützten. Lang beantragte, daß das eidgenössische Strafgesetzbuch eine Bestimmung erhalten sollte, durch welche die Abtreibung straflos erklärt werde, sobald es die Gesundheit der Mutter erfordert und sie von einem Arzt vorgenommen wird. In der Abstimmung wurde mit allem gegen nur 2 bezw. 3 Stimmen den Ausführungen Glättlis wie dem Antrag Lang zugestimmt und soll eine bezügliche Eingabe an die Expertenkommission für die Ausarbeitung des Entwurfes eines schweizerischen Strafgesetzbuches eingereicht werden. — Die Presse legt diesen Beschlüssen große Bedeutung bei.

Aus der bürgerlichen Frauenbewegung Frankreichs. Der über alles Erwarteten gelungenen Demonstrationsversammlung der sozialistischen Frauen ist drei Tage später eine ebenso glänzend besuchte Kundgebung für das Frauenwahlrecht gefolgt, die vom Nationalkomitee der französischen Frauen einberufen war. Dem Komitee gehören bürgerliche und sozialistische Frauen an, und es sprachen Rednerinnen und Redner verschiedener sozialer und politischer Anschauungen für die gemeinsame Forderung der politischen Gleichstellung der Frau. Die angenommene Resolution fordert das Parlament auf, die Vorlage über das Wahlrecht der Frauen in Gemeinde, Departement und Bezirk möglichst rasch anzunehmen. — Erwähnt sei, daß das weiterverbreitete, von Frauen stark gelebte Nachrichtenblatt „Le Journal“ seit einiger Zeit Propaganda für das Wahlrecht der Frauen macht und Artikel und Zuschriften der bekannnten Frauenrechtlerinnen veröffentlicht. Es will auch gleichzeitig mit den Kameraderinnen eine Art Abstimmung der Frauen organisieren. Ob dabei mehr herauskommt als Resonanz für die Zeitung — und dies ist der Veranlasserin wohl die Hauptsache — ist indes zu bezweifeln.

